

Wunsch und Wirklichkeit des betreuten Wohnens

Die Ergebnisse einer Bewohnerbefragung
im Licht der sozial-gerontologischen Fachdiskussion

Sekundäranalyse der ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände

Bearbeiter:
Dr. Dietrich Engels

Köln, den 22. Januar 2001

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| Vorbemerkung | 3 |
| 1. Thematische Schwerpunkte in der aktuellen Fachdiskussion | 4 |
| 2. Empirische Untersuchungen zum betreuten Wohnen | 7 |
| 3. Bewohnerstruktur und soziale Beziehungen in betreuten Wohnanlagen | 12 |
| 3.1 Altersstruktur der Bewohner | 12 |
| 3.2 Geschlechtsstruktur und Haushaltsform | 14 |
| 3.3 Soziale Beziehungen | 16 |
| 3.4 Pflegebedürftigkeit | 21 |
| 3.5 Ökonomische Situation | 23 |
| 4. Gründe für den Einzug in eine betreute Wohnung | 23 |
| 5. Wohnqualität | 27 |
| 6. Angebot und Nutzung der Serviceleistungen | 31 |
| 6.1 Relevanz, Nutzung und Bewertung | 31 |
| 6.2 Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Vergleich | 34 |
| 6.3 Leistungsdefizite | 35 |
| 7. Preis-Leistungs-Verhältnis im betreuten Wohnen | 36 |
| 8. Zusammenfassung | 39 |
| Literaturverzeichnis | 43 |

Vorbemerkung

Die Attraktivität des betreuten Wohnens liegt darin, dass das Wohnen im Privathaushalt mit Dienstleistungsangeboten verknüpft wird. Dies erlaubt eine weitgehend selbstständige Haushaltsführung, das Service-Team leistet bei Bedarf hauswirtschaftliche Unterstützung, Betreuung und pflegerische Leistungen und ist auch im Notfall schnell erreichbar. Hinzu kommt, dass in Wohnanlagen mit mehreren betreuten Wohnungen wechselseitige Kontakte der Bewohner entstehen können; über gesellige Angebote wird die Kommunikation der Bewohner untereinander gefördert. Die Stichworte, die für diese Wohn- und Angebotsform stehen, sind also: Eigenständigkeit, Sicherheit, Service und Kommunikation.

So ist das „betreute Wohnen“ oder „Service-Wohnen“ zumindest vom Konzept her gedacht; die Wirklichkeit sieht hingegen oft anders aus. Dies kann zum einen an strukturellen Problemen liegen wie etwa der Frage, ob diese Wohnform auch für Bewohner mit zunehmendem Pflegebedarf weiterhin geeignet ist oder nicht; dies kann zum anderen aber auch daran liegen, dass einzelne Einrichtungen bzw. deren Träger durch unklare Angebotskonzepte, uneingelöste Versprechungen und teilweise nicht nachvollziehbare Preisgestaltung das an sich gute Konzept des betreuten Wohnens in unbefriedigender Weise umsetzen.

Diese Fragen werden in der aktuellen sozial-gerontologischen Fachdiskussion aufgegriffen. Diese Diskussion gerät aber häufig an ihre Grenzen, wenn es um die Sichtweise der Betroffenen selbst geht. Nur vereinzelt gibt es bisher Befragungen von Bewohnerinnen und Bewohnern des betreuten Wohnens, in denen diese nach ihren Erwartungen und Enttäuschungen, nach der Inanspruchnahme von Service-Leistungen und deren Bewertung gefragt werden. Die von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände in Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe, der Verbraucherzentrale NRW und dem Institut für angewandte Verbraucherbefragung im Frühjahr 2000 durchgeführte Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern des betreuten Wohnens trägt dazu bei, die hier bestehenden Erkenntnisdefizite zu beheben. Die Untersuchung stand im Zeichen konkreter Fragestellungen, mit deren zügiger Beantwortung sie das ihr gesteckte Ziel erreicht hat.

Zieht man allerdings in Betracht, dass es bisher nur wenige empirische Untersuchungen zur Einschätzung des betreuten Wohnens aus der Perspektive der Bewohner gibt, so erhält das empirische Material dieser Untersuchung einen Stellenwert, der über den konkreten Forschungsauftrag hinaus reicht. Der Informationsgehalt der in der Studie ermittelten empirischen Daten wird erst voll-

ständig ausgeschöpft, wenn diese in den Kontext anderer empirischer Untersuchungen gestellt wird und wenn auf dieser Basis Antworten auf die zentralen Fragen der gerontologischen Fachdiskussion gesucht werden. Vor diesem Hintergrund wurde die ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit einer sekundäranalytischen Aufbereitung des Materials und dessen Erörterung im Kontext aktueller Forschungsfragen beauftragt.

1. Thematische Schwerpunkte in der aktuellen Fachdiskussion

Die Angebotsform des betreuten Wohnens hat im Laufe der 90er Jahre einen regelrechten „Boom“ erlebt und wurde teilweise sogar mit der Erwartung verknüpft, eine „Alternative zum Heim“ bieten zu können.¹ Zunehmend wurden aber auch konzeptionelle Probleme, Fragen der vertraglichen Ausgestaltung und Schwierigkeiten der konkreten Umsetzung erörtert.² Die Diskussion lässt sich zu drei thematischen Schwerpunkten über die weitere Entwicklung dieser Angebotsform, die Struktur und Qualität der Service-Leistungen sowie die vertragliche und preisliche Gestaltung bündeln:

(a) *Entwicklungspotenziale*

Zum einen stellt sich die Frage, mit welchen weiteren Potenzialen der *quantitativen* Entwicklung dieser Angebotsform zu rechnen ist. Der breitflächigen Etablierung des betreuten Wohnens im früheren Bundesgebiet bis Mitte der 90er Jahre folgte ein Aufholprozess in den neuen Ländern. Inzwischen ist aber nicht mehr davon auszugehen, dass dieser Wachstumsprozess sich in gleicher Weise fortsetzt; im früheren Bundesgebiet ist sogar in manchen Regionen eine gewisse „Sättigung“ des Marktes zu beobachten, insbesondere im Bereich hochpreislicher Angebote sind dort bereits Leerstände zu beklagen.

¹ So meint etwa empirica – Institut für qualitative Marktforschung, Struktur und Stadtforschung GmbH, „die Tage der Alten- und Pflegeheime“ seien „gezählt“ (Krings-Heckemeier, M.-Th. u.a., Wohnen mit Service, Bonn 1999, S. 14. - Spätestens die Analyse der Bewohnerstruktur wird jedoch zeigen, dass diese Einschätzung die deutlichen Unterschiede zwischen den Kliententypen beider Angebotsformen verkennt.

² vgl. etwa Tews, H.-P., Selbständig, aber nicht allein. Betreutes Wohnen im Alter, in: *Altenheim* 33, 9/1994, S. 628-639; Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hrsg.), *Erfahrungen und Perspektiven des Betreuten Wohnens*, Stuttgart 1997; Gerngroß-Haas, G., *Betreutes Wohnen im Alter: Eine kritische Bilanz*, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, 7/1997, S. 14 ff.; Lind, S.: *Trend und Gefahren – Betreutes Wohnen in Deutschland: eine Bestandsaufnahme*, in: *Altenheim*, 9/1998, S. 18-22; Kremer-Preiß, U., *Betreutes Wohnen in Altenwohnheimen und Altenwohnanlagen – Analyse der Betreuungsverträge*, in: *Betreutes Wohnen und Wohnen im Heim – Rechtliche Aspekte*, Expertisenband 5 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Frankfurt 1998.

Zum andern richtet sich die Diskussion auf eine qualitative Weiterentwicklung des Konzepts, indem es von Wohnanlagen losgelöst und auf normale Wohngebiete übertragen wird.³ Um auch in einer „normalen“ Wohnung einen hinreichend attraktiven Service anbieten zu können, müssen aber Wohnung und Wohnumgebung für Gehbehinderte und Pflegebedürftige geeignet sowie die Struktur der Dienstleistungsanbieter gut ausgebaut sein. Aus Anbieterperspektive ist fraglich, ob eine ständige Erreichbarkeit in wirtschaftlicher Weise garantiert werden kann, wenn die betreuten Wohnungen weit verstreut sind. Im Zuge der konzeptionellen Weiterentwicklung dieses Ansatzes ist daher auch die Möglichkeit einer Kombination beider Formen zu überprüfen, indem von Einrichtungen des Service-Wohnens aus ein Betreuungsangebot für benachbarte Wohngebiete entwickelt wird.

(b) *Struktur und Qualität der Service-Leistungen*

Sehr umfangreich ist die Diskussion über die Art der Service-Leistungen und ihre (mehr oder weniger qualifizierte) Umsetzung, über das Verhältnis von Grund- und Wahlleistungen sowie über die Grenzen des in dieser Form Leistbaren.

Der grundlegende Service muss durch eine qualifizierte Dienstleistungsstruktur erbracht werden, während weniger qualifiziertes Personal (z.B. im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen) allenfalls ergänzende Aufgaben erfüllen kann. Einrichtungen, die nicht über die erforderliche qualifizierte Dienstleistungsstruktur verfügen, um die vertraglich vereinbarten Leistungen auch fachlich kompetent zu erbringen, haben auf längere Sicht kaum Durchsetzungschancen.

Dabei liegt eine stärkere Gewichtung von individuell gestaltbaren Einzelleistungen gegenüber pauschalen Leistungspaketen im Interesse der Bewohner. In Form von pauschalen *Grundleistungen* werden Sicherheitsbedürfnisse abgedeckt und grundlegende Dienstleistungen abgegolten; hierzu sollte gehören, dass ein Notrufsystem installiert und ein Ansprechpartner ständig erreichbar ist. Darüber hinaus gehende *Zusatzleistungen* müssen so gestaltet sein, dass sie je nach Bedarf genutzt werden können. Bei der Gewichtung beider Dienstleistungsformen spielen unterschiedliche Interessen eine Rolle: Pauschale Preise machen die Dienstleistungsstruktur für den Anbieter besser kalkulierbar, Einzelabrechnungen machen dagegen die Leistungen für die Bewohner transparenter.

³ Köster, G., *Betreut Wohnen – aber wie? Ergebnisse einer Befragung alter Menschen*, in: Forum Sozialstation Nr. 96, Februar 1999, S. 60ff

Hinsichtlich der Grenzen des betreuten Wohnens besteht zwar weitgehend Konsens darüber, dass diese Angebotsform sich insbesondere an die älteren Menschen richtet, die einerseits nicht mehr isoliert in einem Privathaushalt wohnen können oder wollen, die aber andererseits nicht grundsätzlich durch schwere Pflegebedürftigkeit oder Demenz in der eigenständigen Führung eines Haushalts beeinträchtigt sind. Von hier aus stellt sich die Frage, wie mit fortschreitendem Pflegebedarf von zunächst noch eigenständigen Bewohnern umzugehen ist. Die Bewohner des Service-Wohnens sind daran interessiert, auch in einem solchen Falle in ihrer Wohnung bleiben zu können, ohne ein weiteres Mal in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. Manche Einrichtungen verfolgen das Konzept einer „Pflege bis zum Tod“, in dessen Rahmen alle Lebensphasen von leichtem Hilfebedarf bis zum schwersten Pflegebedarf ohne weiteren Umzug möglich sein sollen. Dies erfordert aber eine Personal- und Sachstruktur, die auch schwere Pflege leisten kann, was in der Regel nur durch Mitnutzung der Pflegestruktur eines benachbarten Pflegeheims, nur in größeren Wohnanlagen auch durch einen eigenen Pflegebaustein möglich ist. Die Nachteile sind allerdings, dass die Bewohnerstruktur einer solchen Einrichtung im Laufe der Zeit altert und sich zunehmend eine Pflegeheim-Atmosphäre verbreitet – die typischen Adressaten des Service-Wohnens in der „Zwischenphase“ zwischen Privatwohnung und Pflegeheim werden dadurch eher abgeschreckt. Daher schränken andere Einrichtungen ihr Service-Angebot bewusst von vorn herein auf leichteren Hilfe- und Pflegebedarf ein.

(c) Vertragliche und finanzielle Gestaltung sowie der Schutz der Bewohner

Einem dritten Themenblock lassen sich die Fragen nach der vertraglichen und finanziellen Gestaltung des betreuten Wohnens zuordnen. Die Betreuungsverträge müssen eindeutig und verständlich formuliert sein und vor Vertragsabschluss eingehend erläutert werden. Gewisse Schwierigkeiten können sich auch dadurch ergeben, dass Mietvertrag und Betreuungsvertrag aus rechtlichen Gründen nicht miteinander gekoppelt werden dürfen.

Vor allem aber werden immer wieder „schwarze Schafe“ in Form von Anbietern bekannt, die ihre Preise nicht hinreichend transparent und teilweise überzogen gestalten. Zu einem qualitätvollen Angebot des betreuten Wohnens gehört eine klare Unterscheidung in Grundleistungen, die pauschal berechnet, und in Wahl- oder Zusatzleistungen, die einzeln, je nach Inanspruchnahme, berechnet werden.

In diesem Zusammenhang erhält der Verbraucherschutz der Bewohner einen zentralen Stellenwert. Dessen Möglichkeiten, als kritischer „Kunde“ auftreten zu

können, sind mehrfach begrenzt: Bei der Auswahl einer betreuten Wohnanlage ist er auf das regional bestehende Angebot an freien Wohnungen angewiesen; außerdem benötigt er alle erforderlichen Informationen über die Wohnanlagen in hinreichend transparenter Form. Nach dem Einzug sind die Wahlmöglichkeiten in der Regel auf die Alternativen beschränkt, die seitens der Wohnanlage bzw. des Betreuungsträgers vorgegeben werden; ein Wechsel in eine andere Einrichtung wäre meist zu aufwendig und stellt daher nur in seltenen Fällen eine realistische Option dar.

Diesem Kontext lässt sich auch das juristisch erörterte Problem zuordnen, unter welchen Bedingungen eine Einrichtung des betreuten Wohnens den Charakter einer stationären Einrichtung hat und dem entsprechend nach den Kriterien des Heimgesetzes zu kontrollieren ist.⁴ Diese Frage betrifft einerseits den Wettbewerb der Träger, der nicht dadurch beeinträchtigt werden darf, dass sich ein Konkurrent mit einem quasi-stationären Angebot allein durch die Etikettierung als „Service-Wohnen“ den Anforderungskriterien des Heimgesetzes und der Kontrolle der Heimaufsicht entzieht. Andererseits wird dadurch aber aus Bewohnersicht die Variabilität des Angebots und die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Leistungserbringern wählen zu können, berührt. Damit wird der Schutz der Bewohner vor Einschränkungen der Wahlmöglichkeit bis hin zu unkontrollierter Abhängigkeit angesprochen.

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit Ergebnisse empirischer Untersuchungen zur Klärung dieser Diskussion beitragen können. Dabei steht vor allem der Themenkomplex im Vordergrund, der sich mit der Inanspruchnahme und Bewertung des Service-Angebots befasst.

2. Empirische Untersuchungen zum betreuten Wohnen

Empirische Informationen zum betreuten Wohnen können, was den Kenntnisstand und die Akzeptanz dieser Angebotsform betrifft, auf Bevölkerungsumfragen bzw. Seniorenbefragungen basieren. Um die Erfahrungen und Einschätzungen der Bewohner selbst zu erfassen, sind spezifische Erhebungen in betreuten Wohneinrichtungen erforderlich. Ein dritter Ansatzpunkt sind Erhebungen bei Einrichtungs- und/ oder Betreuungsträgern, um strukturelle Angaben sowie Angaben zum Servicekonzept zu erhalten (manche Untersuchungen kombinieren auch den einrichtungsbezogenen mit dem bewohnerbezogenen

⁴ Klie, T., Das Urteil – Betreutes Wohnen und Heimgesetz, in *Altenheim* 5/99; Markus, K., Heim oder nicht Heim - Rechtsfragen beim Betreuten Wohnen, in *Altenheim* 8/99, S. 24 ff

Ansatz). Die Untersuchung der IFAV ist bewohnerorientiert, sie konzentriert sich somit auf die Nutzung und Bewertung der Wohnanlagen und der dort angebotenen Dienstleistungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner. Bevor deren Ergebnisse im Kontext vergleichbarer Untersuchungen erörtert werden, soll zunächst ein Ergebnis von Seniorenbefragungen bezüglich des Interesses der älteren Bevölkerung an betreutem Wohnen zur Diskussion gestellt werden.

Bedarfsschätzungen und Nachfrage nach betreutem Wohnen

Über das Interesse älterer Menschen an der Angebotsform des betreuten Wohnens wurden zur Mitte der 90er Jahre teilweise euphorische Einschätzungen abgegeben. So hat das empirica-Institut ermittelt, dass sich zwischen 30% und 40% der Senioren das Service-Wohnen als Lebensform vorstellen können, nur 16% lehnten diese Wohnform für sich ab.⁵ Auch eine Untersuchung im Auftrag der Schader-Stiftung sieht ein großes Interesse der Älteren an betreutem Wohnen.⁶

Allerdings war eingangs bereits darauf hingewiesen worden, dass die optimistischen Entwicklungsprognosen der 90er Jahre derzeit etwas zurückhaltender zu beurteilen sind. So muss auch differenzierter betrachtet werden, was in den zitierten Studien als „Interesse“ interpretiert wurde. Dazu können die Ergebnisse zweier Seniorenbefragungen herangezogen werden, die die ISG in den Städten Wuppertal und Lahnstein durchgeführt hat:

- Bericht zur Situation der Seniorinnen und Senioren in Wuppertal, hrsg. von der Stadt Wuppertal (Engels 1998): repräsentative Befragung von rd. 2.600 Seniorinnen und Senioren (2,9% der Wuppertaler Einwohner ab 60 Jahren)
- Lebenssituation und Veränderungswünsche älterer Bürgerinnen und Bürger in Lahnstein (Engels/ Engel 2000): nicht-repräsentative Befragung von 367 Seniorinnen und Senioren (10% der Lahnsteiner Einwohner ab 65 Jahren)

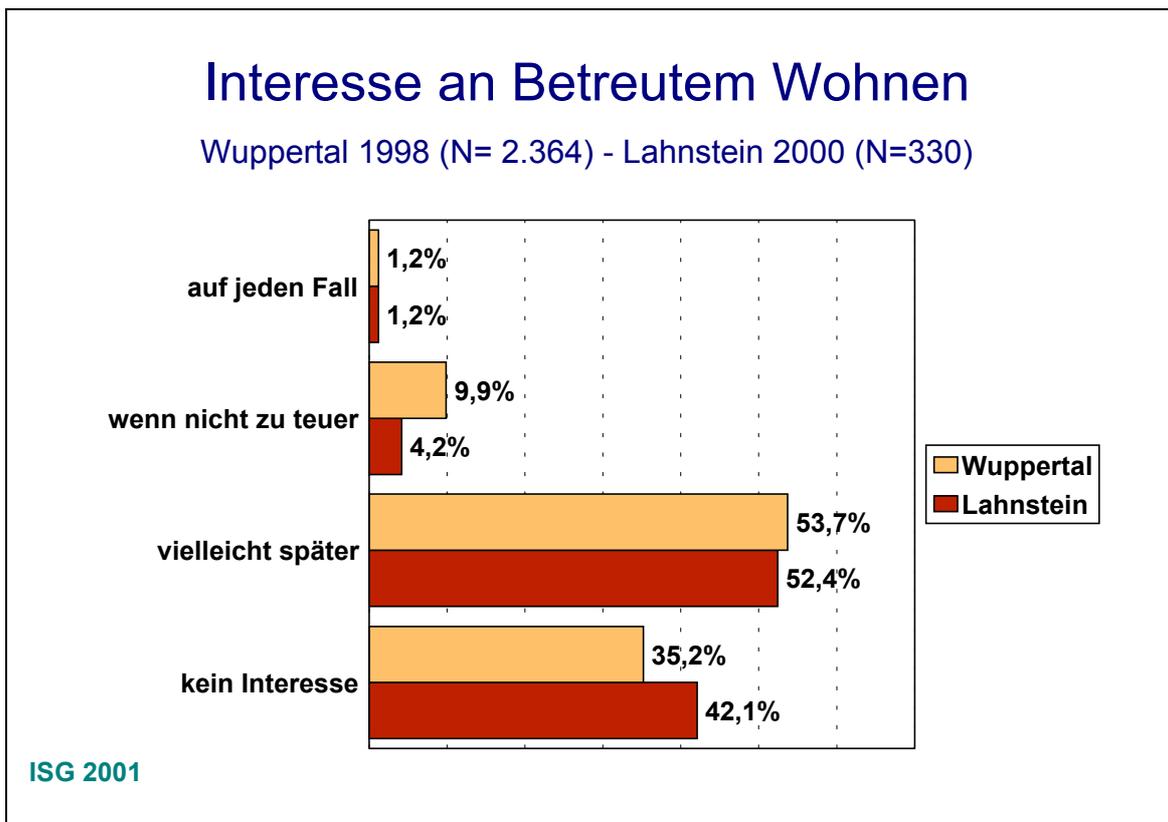
In beiden Untersuchungen wurde nach einer kurzen Erläuterung dieser Angebotsform zunächst gefragt, ob diese bereits bekannt war, um dann das Interesse am Umzug in eine betreute Wohnung zu ermitteln.

⁵ Krings-Heckemeier, M.-Th. u.a., Altersgerechtes Wohnen - Handbuch für Investoren, hrsg. von der LBS Bausparkasse der Sparkassen, Bonn 1995, S. 27

⁶ Heinze, R. G. u.a., Neue Wohnung auch im Alter, hrsg. von der Schader-Stiftung, Darmstadt 1997, S. 73

Nur ein Viertel der Wuppertaler Senioren kannte die Angebotsform des betreuten Wohnens bereits vor der Befragung, in Lahnstein waren es immerhin 46%. Ein eindeutiges Interesse an weiteren Informationen hierüber hatten 12% der Lahnsteiner Senioren, nur eventuell Interesse hatten 33% und über die Hälfte hatte kein Interesse an solchen Informationen. Stellt man die Frage aber konkreter nach dem Interesse an einem Einzug in eine betreute Wohnung, so fällt der Anteil der positiven Antworten deutlich niedriger aus:

Abbildung 1:



Nur noch 1,2% der Befragten würden auf jeden Fall in betreutes Wohnen einziehen, zwischen 4% und 10% zeigen ein nur bedingtes Interesse („nur, wenn nicht zu teuer“), während 89% der Wuppertaler Senioren und 95% der Lahnsteiner Senioren kein Interesse an einem Einzug haben.

Auffällig ist, dass trotz der großen Unterschiede zwischen beiden Studien (verschiedene Stadttypen, unterschiedliche Größe und Repräsentativität der Stichproben) die Antworttendenz vergleichbar ist. Insbesondere das geringe konkrete Interesse auf dem 1%-Niveau begründet Skepsis gegenüber den teilweise weitaus höheren Potenzialschätzungen. Plausibel wird es allerdings, wenn man damit die tatsächlichen Versorgungsquoten vergleicht, die Mitte der 90er Jahre

im früheren Bundesgebiet ebenfalls bei 1% und in Baden-Württemberg etwas höher bei 1,4% lagen.⁷

Durch Information über und Werbung für betreutes Wohnen lässt sich das konkrete Interesse steigern: Von den Wuppertaler Senioren, denen diese Angebotsform bereits bekannt war, zeigten 2,5% ein konkretes Interesse und 13,7% ein bedingtes, preisabhängiges Interesse. Daraus lässt sich schließen:

- es gibt zwar einen gewissen Spielraum oberhalb der 1%-Marke, was das konkrete Interesse an betreutem Wohnen angeht;
- Potenzialschätzungen, die über 5% der Älteren liegen, entfernen sich aber deutlich vom konkreten Interesse und bezeichnen ein nur bedingtes Interesse.

In beiden Untersuchungen liegt das Interesse in der Altersgruppe von 70 bis 84 Jahren etwas höher als bei den unter 70-Jährigen und bei den Hochaltrigen ab 85 Jahren. Während Letztere sich für einen Umzug in eine solche neue Wohnform schon zu alt fühlen und zu überwiegenen Teilen „gar kein Interesse“ zum Ausdruck bringen, stellt sich den Jungen Alten diese Frage noch nicht – sie tendieren überwiegend zu der moderaten Ablehnung „jetzt noch nicht, vielleicht später“. Damit wird deutlich, dass die Angebotsform des betreuten Wohnens am ehesten für Senioren mittleren Alters (70 bis 84 Jahre) von Interesse ist.

Empirische Untersuchungen der Bewohnerperspektive

Um die Bedarfsgerechtigkeit des betreuten Wohnens beurteilen zu können, ist es von besonderem Interesse, die Realität des betreuten Wohnens (Angebote, Dienstleistungsqualität, Preise und Gestaltungsspielräume) aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner kennenzulernen. Diesbezügliche empirische Untersuchungen sind jedoch rar und unterscheiden sich zudem in ihren Fragestellungen und Methoden. Im Folgenden werden vier Erhebungen soweit wie möglich miteinander verglichen, und zwar:

- Bewohnerbefragung zum betreuten Wohnen in Baden-Württemberg (U. Kremer-Preiß, ISG 1999): Befragung von 506 Bewohnern in 19 Einrichtungen, Zeitpunkt: Dezember 1997

⁷ LBS Badische Landesbausparkasse (Hrsg), Wohnen im Alter in Baden, Karlsruhe 1996, S. 80; Kremer-Preiß, U., Betreutes Wohnen für Senioren, hrsg. vom baden-württembergischen Sozialministerium, Stuttgart 1999, S. 17

- Bewohnerbefragung in Halle/ Saale (H. Engel, ISG 2000): Befragung von 86 Bewohnern in 1 Einrichtung, Zeitpunkt: Frühjahr 1999
- Augsburger Längsschnittstudie zum betreuten Wohnen im Alter (W. Saup, Universität Augsburg 2001):⁸ Befragung von 173 Bewohnern in 7 Einrichtungen, 3 Erhebungszeitpunkte ab 1999
- Bewohnerbefragung in zwei westlichen und einer ostdeutschen Region (AgV - IFAV – KDA – VZNRW 2000): Befragung von 280 Bewohnern in 41 Einrichtungen, Zeitpunkt: März - Mai 2000

Darüber hinaus ist eine Untersuchung zu Betreuungsbedarf und gewünschten Dienstleistungen von Köster 1999 zu erwähnen, in der 198 ältere Bewohner zweier Wohngebiete in Aachen zu ihrem Interesse an betreutem Wohnen befragt wurden. Diese Untersuchung ist aber mit den oben genannten vier Studien nicht vergleichbar, da sie sich an die Wohnbevölkerung, nicht aber an die Bewohner von betreuten Wohnanlagen richtete.

Auf Grund unterschiedlicher Untersuchungskonzepte und Stichproben lassen sich die Ergebnisse der genannten Studien nicht immer so vergleichen, wie dies wünschenswert wäre. Dennoch soll im Folgenden versucht werden, deren Ergebnisse zu einander in Beziehung zu setzen, um durch die Kombination einzelner Mosaiksteine ein möglichst verlässliches Bild über die Realität des betreuten Wohnens zu gewinnen. Dies erfolgt in Orientierung an fünf Fragekomplexen:

1. Welche Personen: mit welcher Alters- und Geschlechtsstruktur, mit welchen gesundheitlichen Einschränkungen, mit welchem sozio-ökonomischen Status und mit welchen sozialen Beziehungsnetzen, sind die typischen Bewohner von betreuten Wohneinrichtungen?
2. Welche Motive und Erwartungen waren für den Einzug ins betreute Wohnen bestimmend?
3. Wie bewerten die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Einrichtungen im Hinblick auf die Qualität der Wohnung, die Gestaltung des Wohnungszugangs sowie die Qualität der Wohnlage und der umgebenden Infrastruktur?
4. Welche Dienstleistungen werden angeboten, und wie wird dieses Angebot von den Bewohnern genutzt und bewertet?

⁸ Die Studie von W. Saup wird voraussichtlich im März 2001 veröffentlicht und konnte in den hier vorgenommenen Vergleich nur ansatzweise einbezogen werden.

5. Wie hoch sind die Kosten für Miete und Betreuungsleistungen, wie stellt sich das Preis-Leistungs-Verhältnis dar, und wie wird es von den Bewohnern bewertet?

3. Bewohnerstruktur und soziale Beziehungen in betreuten Wohnanlagen

Im ersten Auswertungsschritt der Datenquellen werden die Angaben über die Bewohnerinnen und Bewohner von betreuten Wohneinrichtungen miteinander verglichen, ausgehend von soziodemografischen Merkmalen, aber auch unter Einbeziehung weiterer Indikatoren der sozioökonomischen Lebenslage, soweit dies dokumentiert ist.

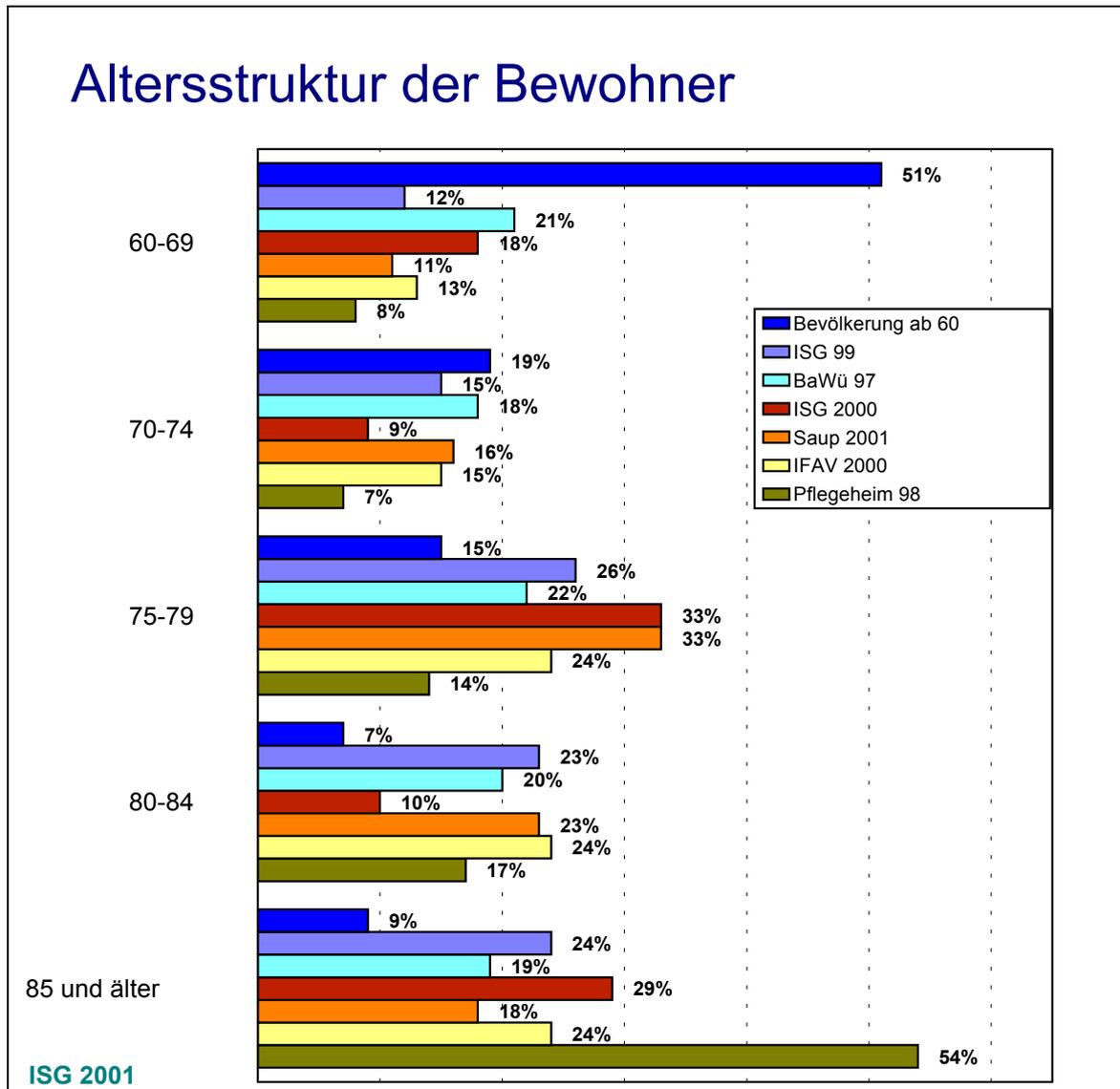
3.1 Altersstruktur der Bewohner

Die ältere Bevölkerung Deutschlands besteht zur Hälfte aus „Jungen Alten“ zwischen 60 und 69 Jahren. Die andere Hälfte der mittleren Alten und der Hochaltrigen teilt sich so auf, dass ein Drittel zwischen 70 und 79 Jahren und ein Sechstel 80 Jahre oder älter ist (Stand: Jahresende 1999). Im Vergleich dazu sind die Bewohner in betreuten Wohnanlagen älter: Die Altersgruppen ab 75 Jahren sind im betreuten Wohnen überrepräsentiert, ab 80 Jahren sogar in starkem Maße.

Vergleicht man die Altersstruktur der einzelnen Untersuchungen miteinander, so stimmen die der Bewohnerbefragung der IFAV aus dem Jahr 2000 mit der Bewohnerbefragung in Baden-Württemberg (ISG 1999) und der Studie von Saup (2001) weitgehend überein. Demgegenüber sind die Bewohner betreuten Wohnens in Baden-Württemberg insgesamt (nach der Landesstatistik) tendenziell jünger, die Bewohner der Einrichtung in Halle (ISG 2000) etwas älter. Mögliche Erklärungen für diese Abweichungen sind, dass in der baden-württembergischen Landesstatistik die Abgrenzung des betreuten Wohnens gegenüber angrenzenden Wohnformen (wie Altenwohnungen) nicht eindeutig war; in der Einrichtung in Halle-Trotha ist dagegen durch die spezifische Ausrichtung auf allein Lebende mit geringen Einkommen eine Tendenz zu Hochaltrigen vorgegeben. Wenn diese Erklärungsversuche zutreffen, bedeutet dies, dass in den dezidiert als Bewohnerbefragungen konzipierten Untersuchungen ISG 1999, Saup 2001 und IFAV 2000, in denen die Bewohner von eindeutig als „betreute Wohnanlagen“ identifizierbaren Einrichtungen befragt wurden, sich die Struk-

turmerkmale dieser Nutzergruppe am verlässlichsten widerspiegeln. Demnach verteilt sich die typische Bewohnerschaft von betreuten Wohnungen nicht pyramidenförmig entsprechend der Struktur der älteren Gesamtbevölkerung, sondern recht gleichmäßig auf vier Viertel.

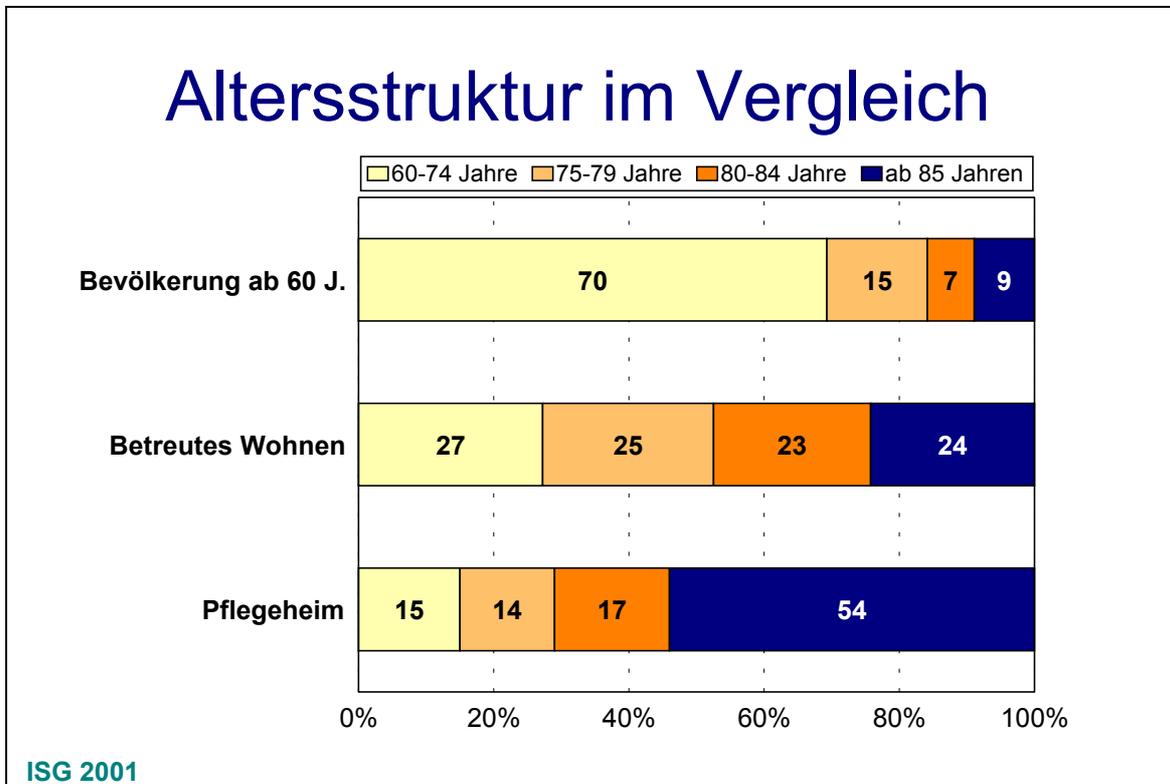
Abbildung 2:



Bildet die Bewohnerschaft des betreuten Wohnens damit eine typische Gruppe zwischen den Älteren in Privathaushalten einerseits und den Bewohnern stationärer Pflegeeinrichtungen andererseits? Um diese Frage zu klären, wurden in die Abbildung als unterster Balken die stationär Pflegebedürftigen zum Jahresende 1998 eingetragen. Hier ist eine gegenüber der Gesamtbevölkerung genau entgegengesetzte Verteilung zu beobachten, sodass die Annahme, das be-

treute Wohnen sei eine Angebotsform zwischen Privathaushalt und Pflegeheim, von der Altersstruktur her eindeutig bestätigt wird.

Abbildung 3:



3.2 Geschlechtsstruktur und Haushaltsform

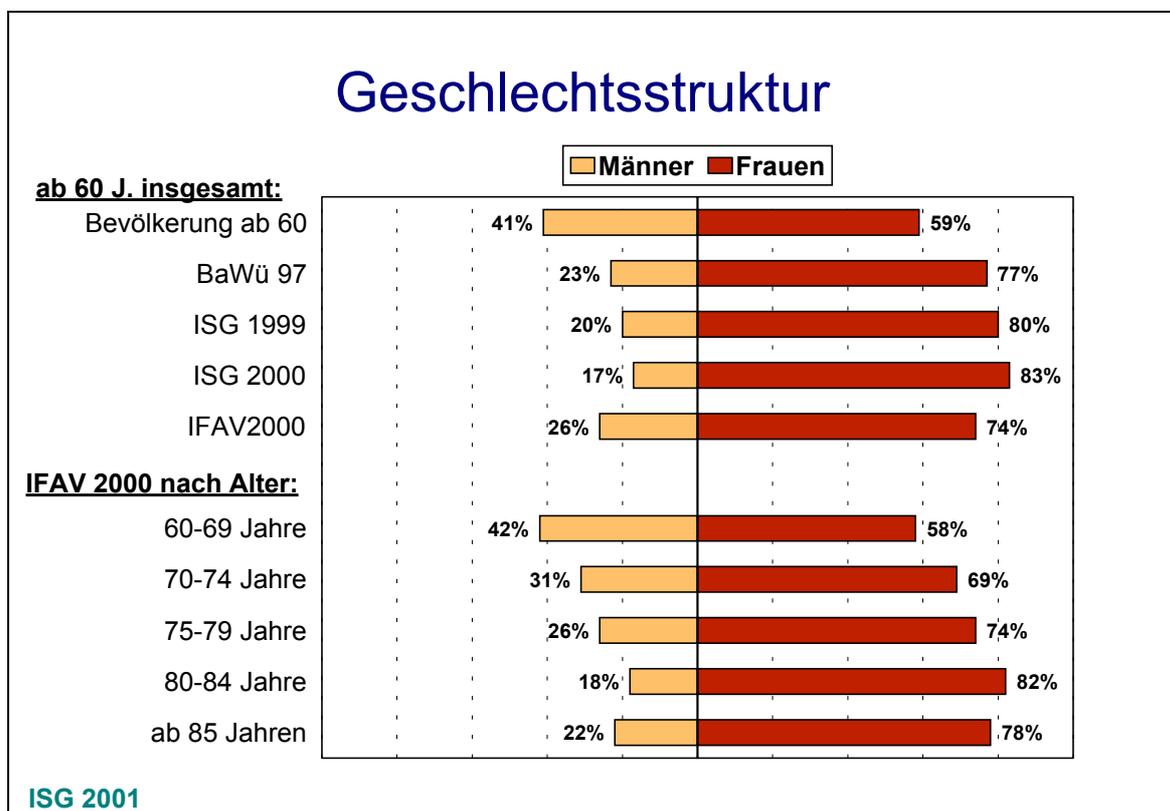
Die Geschlechtsstruktur der älteren Bevölkerung steht mit der Altersstruktur in Zusammenhang: In der Bevölkerung steigt der Frauenanteil mit zunehmendem Alter; während in der Bevölkerung ab 60 Jahren insgesamt zu rd. 60% Frauen und rd. 40% Männer sind, verschiebt sich diese Relation bei der Bevölkerung ab 80 Jahren auf 74% Frauen gegenüber 26% Männern. Diese Relation findet sich in etwa auch unter den Bewohnern betreuten Wohnens, von denen ein Fünftel bis ein Viertel Männer und mindestens drei Viertel Frauen sind. Bei der Bewohnerschaft der Einrichtung in Halle ist aus den genannten Gründen der Frauenanteil höher; die trotz gleicher Altersstruktur zwischen den Befragten in Baden-Württemberg und den von der IFAV Befragten bestehende Differenz von 6 Prozentpunkten ist hingegen nicht erklärbar.

Die IFAV-Befragung ermöglicht darüber hinaus eine differenzierte Auswertung nach Geschlecht und Altersgruppe. Im unteren Teil der Grafik ist erkennbar,

dass mit zunehmendem Alter der Frauenanteil stetig ansteigt (mit einem Ausreißer in der letzten Altersgruppe).

Diese ungleiche Relation wirkt sich auf die Lebensform aus: Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der allein Lebenden an, die Sozialform der Kommunikation und gegenseitigen Unterstützung innerhalb einer Partnerschaft ist zerbrochen. Unter allen Haushalten mit einem Haushaltsvorstand im Alter von 65 oder mehr Jahren sind 53% Ein-Personen-Haushalte und 47% Zwei-Personen-Haushalte. Umgerechnet auf die in den Haushalten lebenden Personen bedeutet dies, dass 36% der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren allein lebt gegenüber 64%, die in einem Mehr-Personen-Haushalt, also in aller Regel mit ihrem Partner zusammen leben.

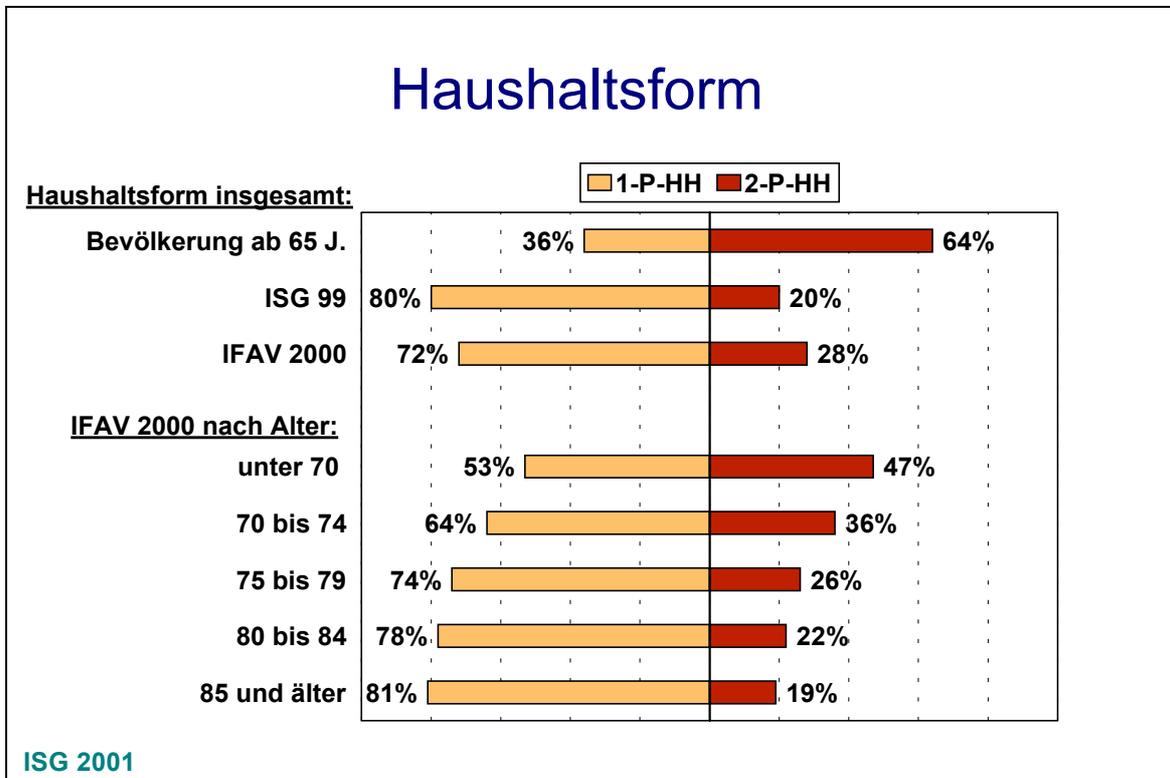
Abbildung 4:



In dieser Situation sind die Bewohner betreuten Wohnens in der Regel nicht (Abbildung 5). Zwischen 72% (IFAV 2000) und 80% (ISG 1999) von ihnen sind allein Lebende, nur 20% bis 28% leben mit ihrem Partner zusammen. Daraus ist zu erkennen, dass ein Einzug in eine betreute Wohnung insbesondere nach einem Partnerverlust in Betracht kommt, wobei dann von der dort angebotenen Betreuung und Kommunikation erwartet wird, dass der Verlust der partner-

schaftlichen Kommunikation und Unterstützung (zumindest teilweise) kompensiert werde.

Abbildung 5:



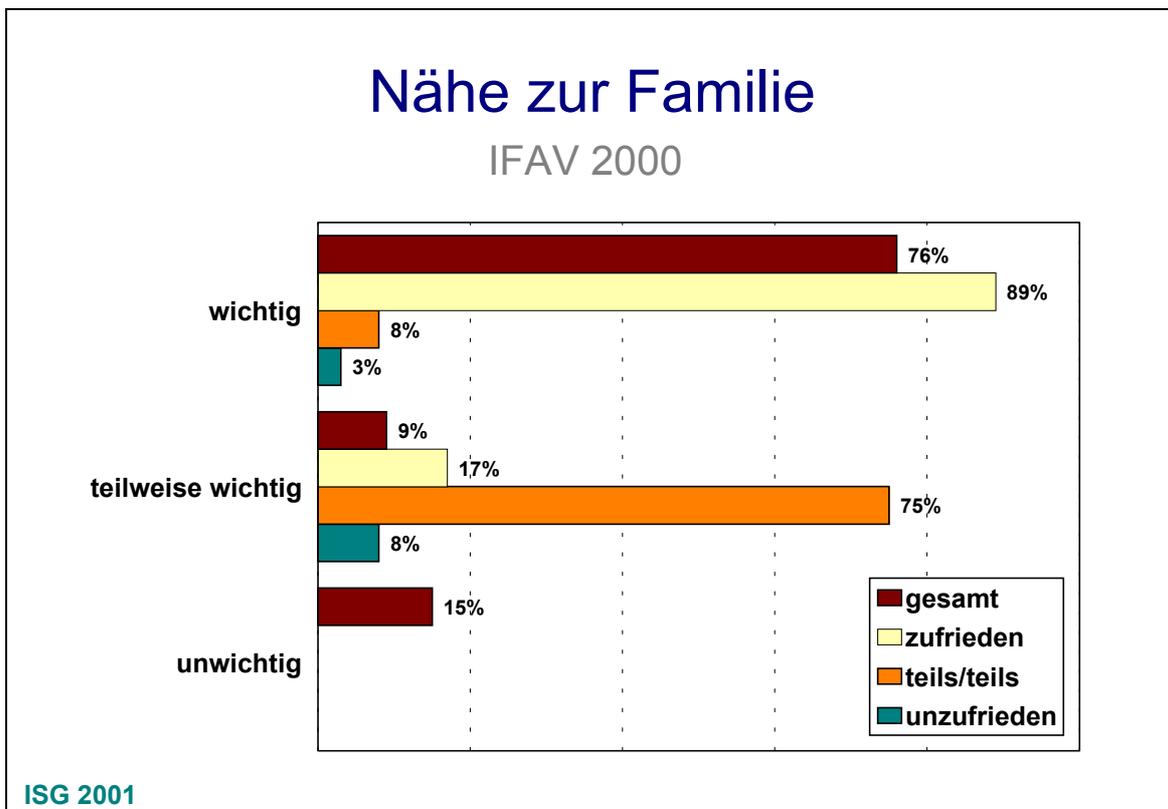
Der Anteil der allein lebenden Bewohner nimmt – wie in der Gesamtbevölkerung – mit steigendem Alter zu. Anders aber als in der älteren Bevölkerung ist im betreuten Wohnen zu beobachten, dass bereits in der Altersgruppe unter 70 Jahren der Anteil der allein Lebenden überwiegt. Auch für diese Altersgruppe gilt also, dass das betreute Wohnen vor allem für allein Lebende in Betracht kommt.

3.3 Soziale Beziehungen

Die wichtigste soziale Beziehung ist zwar die zum Partner; wenn aber – wie bei mindestens drei Vierteln der Bewohner des betreuten Wohnens – kein Partner mehr vorhanden ist, steigt der Stellenwert anderer sozialer Beziehungen. An vorderer Stelle sind die Kinder zu nennen – sofern die Bewohner Kinder haben und diese nicht zu weit weg wohnen.

Dass die Nähe zur Familie wichtig sei, geben in der IFAV-Befragung drei Viertel der Bewohner an, unabhängig davon, ob sie noch einen Partner haben oder allein leben (Abbildung 6). Von diesen sind fast 90% in dieser Hinsicht auch zufrieden, nur 11% sehen die gewünschte Nähe nicht in zufrieden stellender Weise gegeben. Einen nicht so hohen Stellenwert messen 24% der Familie bei, hier ist auch die Zufriedenheit in dieser Hinsicht deutlich geringer. Unter diesen dürften sich auch die finden, die keine Kinder haben, worüber die von der IFAV ermittelten Daten aber keine Auskunft geben.

Abbildung 6:

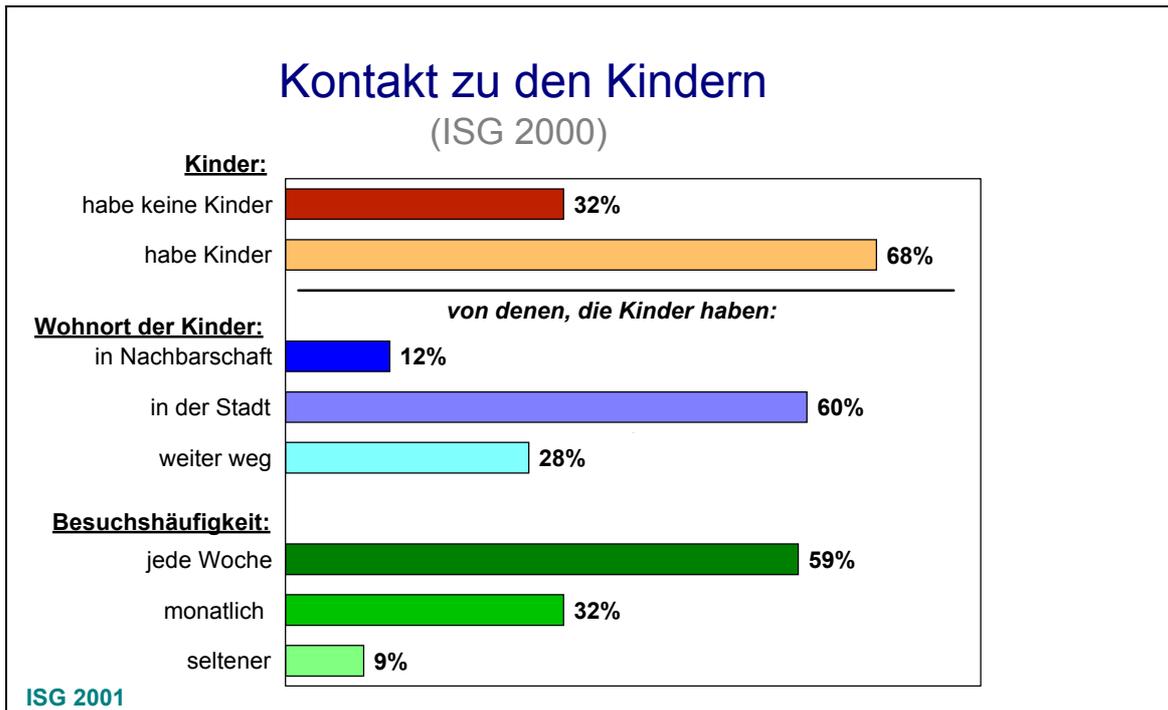


Genauere Informationen liefert zum Familien-Aspekt die Untersuchung in einer Einrichtung in Halle (ISG 2000, vgl. Abbildung 7), die allerdings angesichts der besonderen Bewohnerstruktur nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar ist. Zwei Drittel dieser Bewohner haben Kinder, ein Drittel hat keine. Von denen, die Kinder haben, geben 12% an, dass diese in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen, weitere 60% wohnen zumindest innerhalb des Stadtgebietes. 28% wohnen weiter weg, sodass hier ein regelmäßiger Kontakt schwierig sein dürfte.

Die Besuchskontakte sind dem entsprechend häufig: 60% der Bewohner mit Kindern sehen diese mindestens einmal pro Woche, ein Drittel nur monatlich

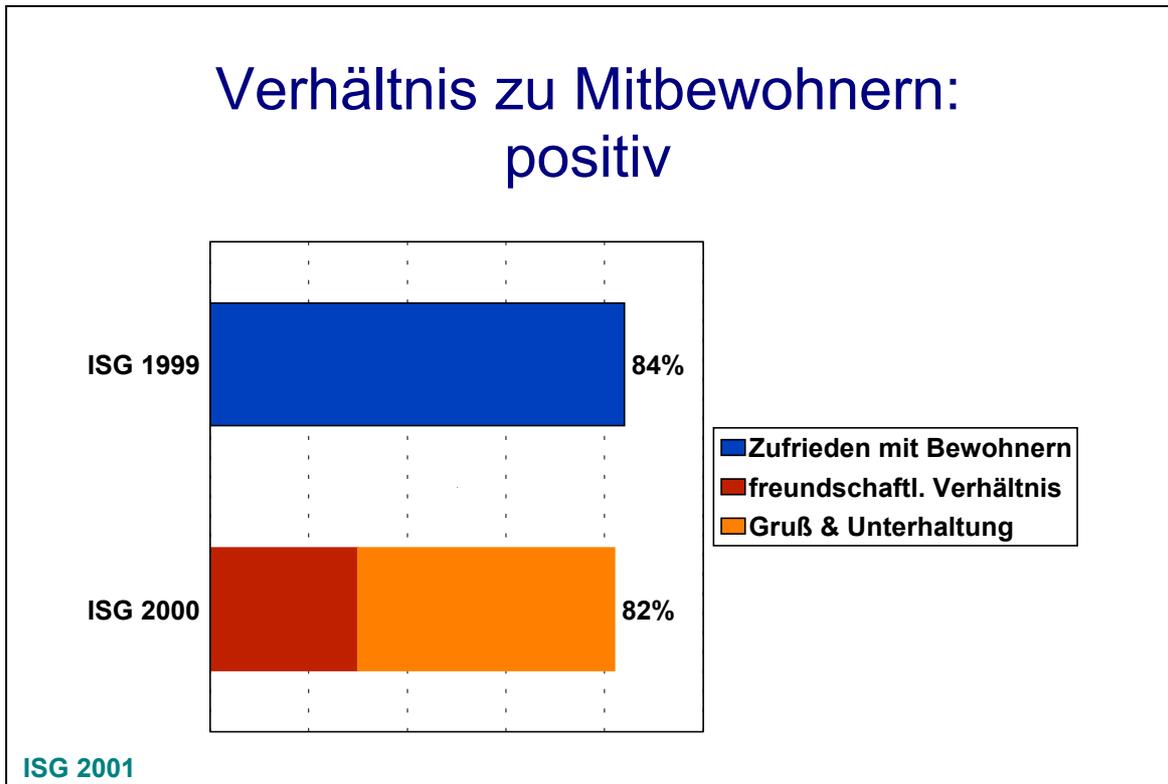
und lediglich 9% haben seltener als monatlich Besuchskontakt zu ihren Kindern. Hinzu kommt, dass 83% der Bewohner, die Kinder haben, mindestens einmal wöchentlich mit diesen telefonieren. Daraus ist zu schließen, dass die Bewohner, die Kinder haben, relativ gut in soziale Netze eingebunden sind, während diejenigen ohne Kinder (in Halle-Trotha ein Drittel der Bewohner) einem höheren Vereinsamungsrisiko ausgesetzt sind.

Abbildung 7:



An dritter Stelle im sozialen Netzwerk treten Nachbarn bzw. andere Bewohner der Wohnanlage ins Blickfeld (Abbildung 8). Auch zu den sozialen Beziehungen zu diesen liegen aus der IFAV-Erhebung keine Informationen vor. In unterschiedlicher Weise wurde dieser Frage aber in den Untersuchungen in Baden-Württemberg (ISG 1999) und in Halle (ISG 2000) nachgegangen. Den Befragungsergebnissen nach ist davon auszugehen, dass vier Fünftel der Bewohner ein gutes Verhältnis zu den benachbarten Bewohnern haben. In der Befragung in Baden-Württemberg zeigten sich 84% der Bewohner zufrieden mit den Mitbewohnern. In Halle gaben 30% an, ein freundschaftliches Verhältnis zu ihren Nachbarn zu haben, weitere 52% grüßen ihre Nachbarn und unterhalten sich ab und zu mit ihnen (zusammen 82%). Nur 18% geben an, ihre Nachbarn kaum zu kennen, kein Interesse an ihnen oder sogar ein schlechtes Verhältnis zu ihnen zu haben.

Abbildung 8:

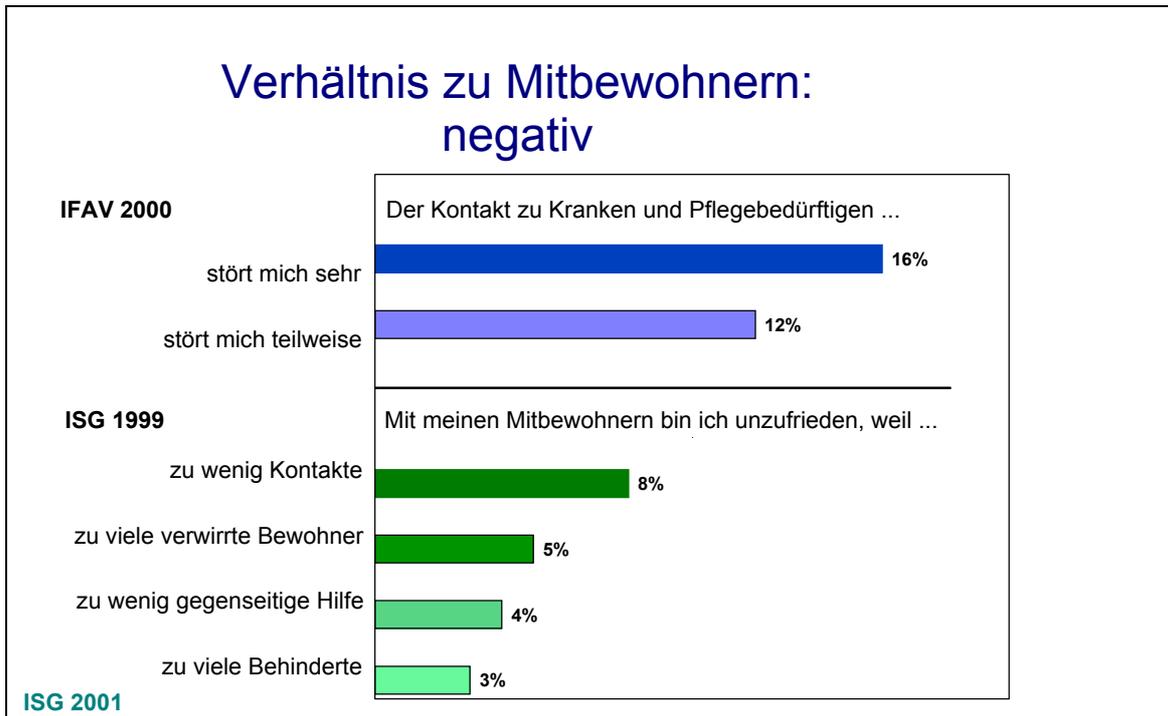


Dies vermittelt ein überwiegend positives Bild. Was aber sind die Konfliktpunkte, unter denen das Verhältnis zu Nachbarn in der betreuten Wohnanlage leiden kann? Auch in dieser Hinsicht sind die Befragungsergebnisse auf Grund unterschiedlicher Fragestellungen nur bedingt miteinander vergleichbar. Immerhin 16,5% der Bewohner antworten in der IFAV-Befragung, dass sie der Kontakt zu kranken und pflegebedürftigen Mitbewohnern stört, weitere 12% fühlen sich zumindest teilweise gestört (Abbildung 9).

Die ISG-Untersuchung in Baden-Württemberg fragte ohne Antwortvorgabe nach Gründen der Unzufriedenheit mit den anderen Bewohnern der Wohnanlage. Die häufigsten Nennungen entfielen dort zum einen auf den kommunikativen Aspekt: unzureichende Kontakte (8%) und zu wenig gegenseitige Hilfe (4%), zum andern wurde auch hier ein durch Pflegebedürftigkeit und Behinderung geprägtes Umfeld moniert („zu viele verwirrte Mitbewohner“: 5%, „zu viele behinderte Mitbewohner“: 3%).⁹

⁹ Der im Vergleich zur IFAV-Untersuchung geringere Prozentanteil kann dadurch bedingt sein, dass die Frage in offener Form gestellt wurde, wobei sich die Antworten auf viele Varianten verteilen.

Abbildung 9:

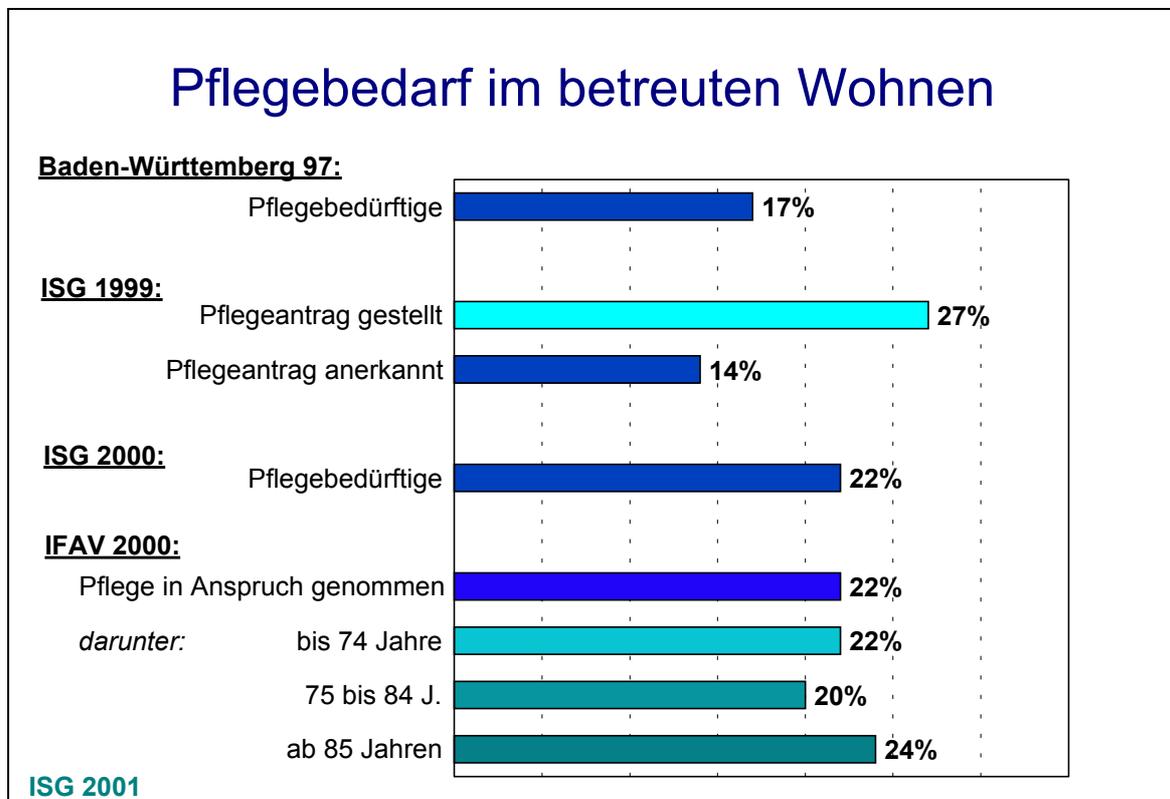


Diese Äußerungen, die die in der Wohnanlage vorherrschende Atmosphäre betreffen, illustrieren den Konflikt zwischen einerseits dem Wunsch, in einer Wohnanlage ohne „Pflegeheim“-Atmosphäre zu wohnen, und andererseits dem Wunsch, selbst bei schwerer Pflegebedürftigkeit in der betreuten Wohnung wohnen bleiben zu können. Im einrichtungsbezogenen Teil der ISG-Studie 1999 wurde ermittelt, dass etwa ein Viertel der betreuten Wohnanlagen in Baden-Württemberg eine „Pflege bis zum Tod“ ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde die Einschätzung vertreten, dass ein breiteres Angebot mit unterschiedlichen, nebeneinander bestehenden Konzepten dem Bewohner selbst die Wahl lasse, welchen Einrichtungstyp er bevorzugt. Dies setzt allerdings voraus, dass die Alternative „Wohncharakter“ oder „Pflegeheimcharakter“ bereits vor Einzug entscheidbar ist – wahrscheinlicher ist, dass dieser Konflikt zwischen gegensätzlichen Wünschen beim Bewohner fortbesteht und dass sich erst im Zuge seiner eigenen Alterung die Akzente hinsichtlich des gewünschten Wohncharakters verschieben.

3.4 Pflegebedürftigkeit

Die Frage, ob ein Verbleib im betreuten Wohnen auch bei schwerer Pflegebedürftigkeit ermöglicht werden sollte, oder ab welchem Punkt ein Umzug ins Pflegeheim erforderlich ist, muss im Rahmen konzeptioneller Planungen der Wohnrichtung entschieden werden. Von großem Interesse ist in diesem Zusammenhang die empirische Information, in welchem Maße die Bewohner des betreuten Wohnens bereits jetzt pflegebedürftig sind und wie sie die Möglichkeit der Pflege im betreuten Wohnen sehen. Auch diese Aspekte wurden in den hier betrachteten Studien in unterschiedlicher Weise erhoben:

Abbildung 10:



- Von allen Bewohnern des betreuten Wohnens in Baden-Württemberg waren im Jahr 1997 rd. 17% pflegebedürftig, und zwar 8,7% mit der Pflegestufe I, 6,3% mit Pflegestufe II und 2,1% mit Pflegestufe III.¹⁰
- In der Bewohnerbefragung des ISG 1999 gaben 27% der Befragten an, einen Antrag auf Leistungen der Pflegeversicherung gestellt zu haben, aller-

¹⁰ Kremer-Preiß, U., Betreutes Wohnen für Senioren. Zur praktischen Umsetzung konzeptioneller Ziele in Baden-Württemberg (ISG 1999), Stuttgart 1999, S. 57

dings waren bis zum Befragungszeitpunkt nur 14% der Bewohner als pflegebedürftig anerkannt.¹¹

- Die ISG-Erhebung in Halle ergab, dass dort 22% der Bewohner pflegebedürftig sind.¹²
- Zu einem vergleichbaren Wert kommt auch die IFAV-Untersuchung, nach der 21,6% der Bewohner Pflegeleistungen in Anspruch genommen haben.

Demnach ist davon auszugehen, dass etwa ein Fünftel der Bewohner des betreuten Wohnens pflegebedürftig ist. (Dies entspricht der Pflegebedürftigkeitsquote der 80- bis 84-jährigen Bevölkerung.)

Die weitere Analyse der IFAV-Daten im Hinblick darauf, ob (wie zu erwarten wäre) die Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter ansteigt, führt zu keinem eindeutigen Ergebnis, wobei allerdings die geringe Fallzahl mit einer hohen Zufallsanfälligkeit verbunden ist.

Die IFAV-Studie geht an dieser Stelle sehr detailliert auf die Einstellungen der Bewohner ein. Auf die Frage, ob sie auch im Falle der Pflegebedürftigkeit in ihrer Wohnung bleiben können, antworteten in der IFAV-Erhebung nur 40%, dass dies möglich sei, 33% müssen in einem solchen Fall in ein Pflegeheim umziehen und 28% waren sich diesbezüglich nicht sicher. Was die Pflegebedürftigkeit der Mitbewohner angeht, ist die Stimmungslage recht eindeutig: „Wer längere Zeit pflegebedürftig ist, sollte in ein Heim umziehen“, meinen 50% ganz entschieden, weitere 36% tendieren in diese Richtung; eindeutig dagegen sprechen sich nur 14% der Befragten aus. Wenn es aber um die eigene Perspektive geht, so sind sich 92% der Bewohner sicher, dass sie bis ans Lebensende in ihrer Wohnung bleiben möchten. So bleibt der Eindruck, dass die Abgrenzung zwischen betreutem Wohnen und schwerer Pflege sich als Konflikt in den Bewohnern selbst wiederfindet – ein Konflikt, der offensichtlich von vielen nicht hinreichend reflektiert worden ist.

Inwieweit sich nun das betreute Wohnen konzeptionell auf den Einbezug pflegerischer Angebote einstellen soll, kann auf der Grundlage dieser Daten allein natürlich nicht entschieden werden. Allerdings ist der Anteil von rd. 20% Pflegebedürftigen ein deutlicher Hinweis darauf, dass bei der derzeitigen Bewohnerschaft ein entsprechender Bedarf besteht. Zieht man darüber hinaus in Betracht, dass in vielen neueren Wohnanlagen die Bewohner erst vor kurzer Zeit

¹¹ ISG 1999, S. 14

¹² Engel, H./ Engels, D., Entwicklung des Service-Wohnens in Halle-Trotha. Ergebnisse der Leistungsdokumentation und der Bewohnerbefragung, ISG Köln 2000, S. 33

eingezogen sind und der Prozess der durchschnittlichen Alterung dieser Wohnanlagen erst am Anfang steht, so ist mit einer weiteren Erhöhung des Anteils der Pflegebedürftigen zu rechnen. Die Frage des Verhältnisses von Pflege und betreutem Wohnen wird also weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

3.5 Ökonomische Situation

Zur ökonomischen Situation der Bewohnerinnen und Bewohner liegen keine verlässlichen Angaben vor. Die ISG-Erhebung 2000 liefert Daten zur Einkommensstruktur von 60 Bewohnern einer Einrichtung in den neuen Ländern, die allerdings gerade von ihrer sozioökonomischen Lage her nicht repräsentativ sein dürften. Der IFAV-Befragung lassen sich keine Einkommensangaben entnehmen, hier findet sich lediglich der Hinweis, dass 6% der Befragten Eigentümer der Wohnung (somit ökonomisch gut gestellt) sind gegenüber 94% Mietern.

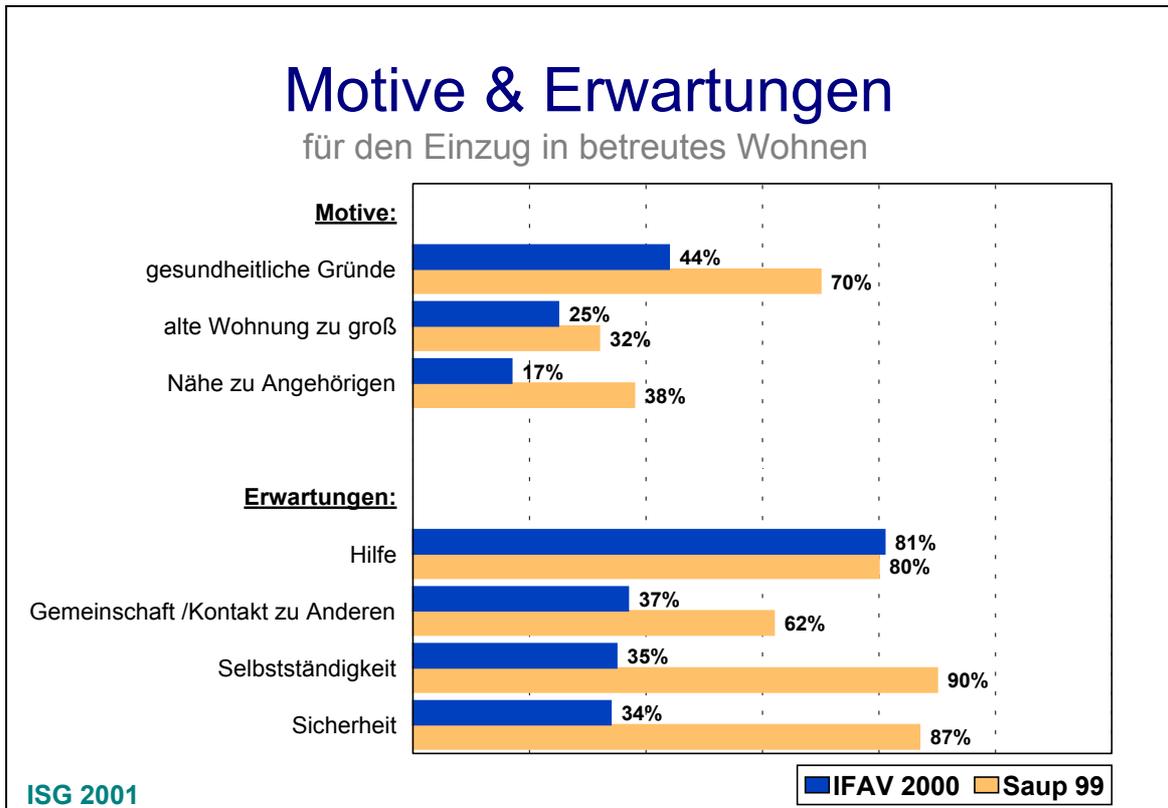
4. Gründe für den Einzug in eine betreute Wohnung

Die Gründe und Motive für den Einzug in eine betreute Wohnanlage sowie die Erwartungen, die damit verknüpft sind, wurden in mehreren Studien erhoben. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass die entsprechenden Fragestellungen auf unterschiedliche Situationsvoraussetzungen fokussieren und außerdem durch unterschiedliche Erhebungsmethodik zu kaum vergleichbaren Ergebnissen führen.

Am ehesten lassen sich zu den zentralen Aspekten des betreuten Wohnens wie Selbstständigkeit, Service, Sicherheit und Kommunikationsmöglichkeiten ähnlich lautende Fragestellungen finden. Etwa 80% der Bewohner erwarten vor allem Hilfe bei der alltäglichen Lebensführung. Der Aspekt der Kommunikation steht mit 37% an zweiter Stelle in der IFAV-Befragung, Saup ermittelt 62% Zustimmung. In der ISG-Befragung in Baden-Württemberg wurde mit umgekehrter Frageformulierung erhoben, dass 44% erwarten, die bisherige Einsamkeit durch den Einzug ins betreute Wohnen überwinden zu können.¹³ Die Aspekte der Selbstständigkeit und Sicherheit haben in der IFAV-Befragung einen vergleichbaren Stellenwert, sie waren für ein gutes Drittel der Befragten ausschlaggebend. Die von Saup ermittelten Antworten tendieren insgesamt zu höherer Zustimmung, so auch in diesem Fall.

¹³ ISG 1999, S. 30

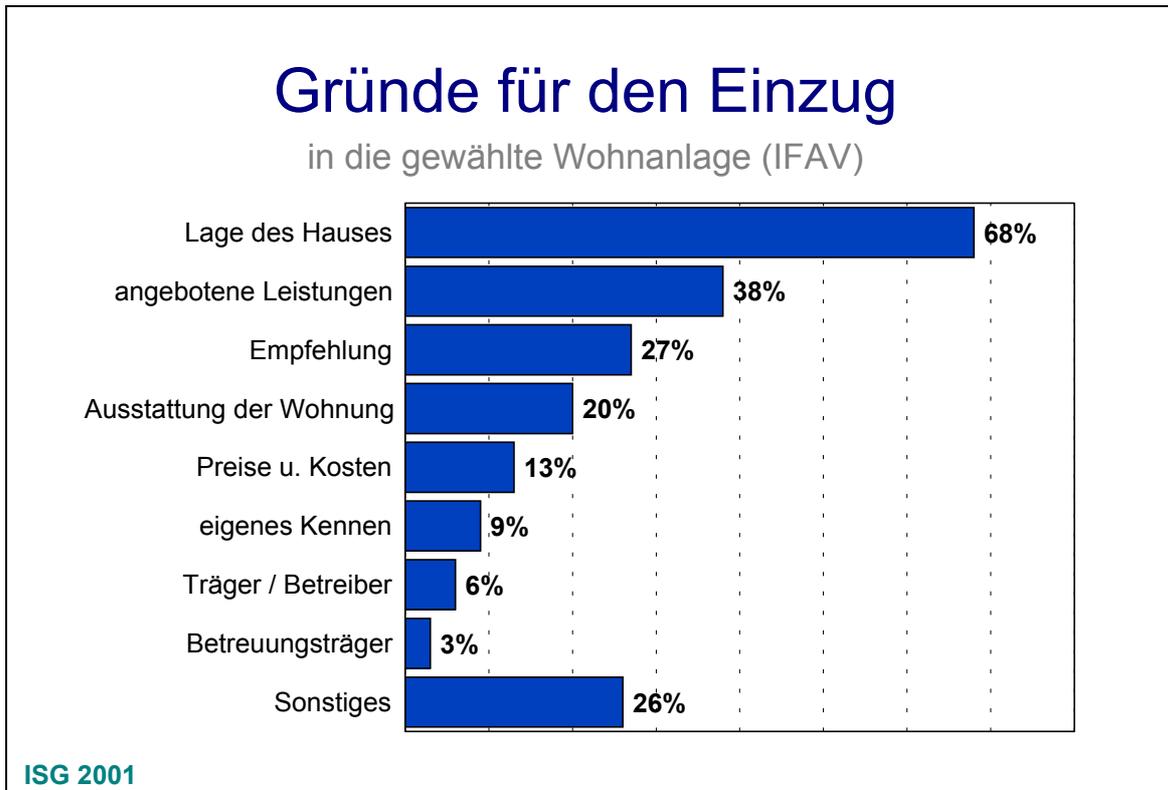
Abbildung 11:



Als wichtigstes Motiv zum Einzug in betreutes Wohnen werden gesundheitliche Gründe genannt (IFAV 44%, Saup 70%). Dass die frühere Wohnung zu groß gewesen sei, nennen 25% der von der IFAV befragten Bewohner und 32% bei Saup 2001. Die Nähe zu Angehörigen war in der IFAV-Erhebung für 17% ausschlaggebend, bei den von Saup befragten Bewohnern spielt dies eine doppelt so große Rolle.

In der IFAV-Erhebung wurde darüber hinaus konkreter nach den Gründen und Motiven gefragt, die nicht nur einem Einzug in betreutes Wohnen überhaupt zu Grunde lagen, sondern die für den Einzug in die tatsächlich gewählte Wohnung ausschlaggebend waren. Dies ist für die Betreiber von besonderem Interesse, um ein Angebot bedarfsgerecht planen und ausrichten zu können.

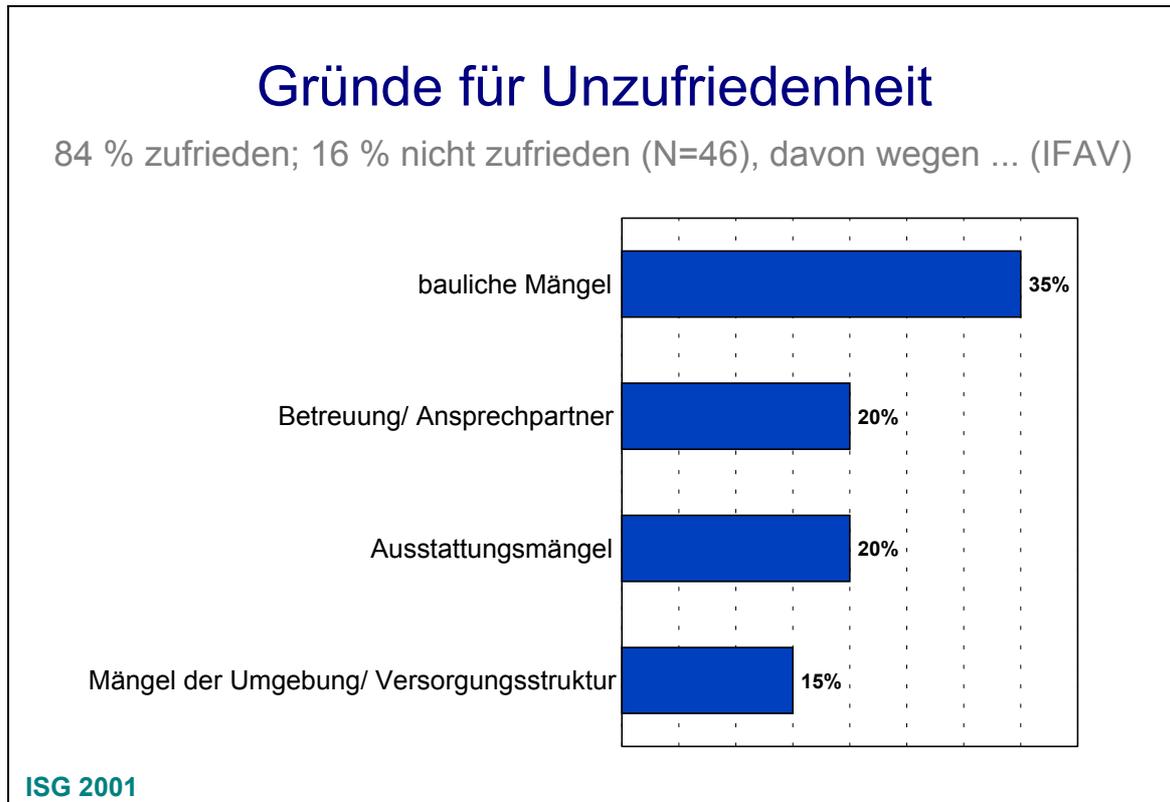
Abbildung 12:



Dabei wird deutlich, dass die Lage des Hauses einen hohen Stellenwert hat und sogar noch vor dem Spektrum der angebotenen Leistungen rangiert. Ein guter Ruf der Einrichtung ist ebenfalls wichtig, denn 27% haben sich auf die Empfehlung anderer für die Einrichtung entschieden. Die Preise spielen dagegen eine unerwartet geringe Rolle, nur 13% nannten dies als ausschlaggebenden Grund. Ebenso sind die Art und Ausrichtung von Einrichtungsträger und Betreuungsträger von untergeordneter Bedeutung.

Ein positives Ergebnis ist, dass die Erwartungen der Bewohner überwiegend auch erfüllt wurden, mit 84% ist die überwiegende Mehrheit zufrieden. Interessant ist aber auch, welche Erwartungen enttäuscht wurden. 16% der von IFAV Befragten fühlten sich in ihrer neuen Wohnung nicht wohl; die unterschiedlichen und häufig nur im Kontext der konkreten Einrichtung verständlichen Begründungen lassen sich zu folgenden Bündeln gruppieren:

Abbildung 13:



Eine erstaunlich große Rolle spielen in diesem Zusammenhang bauliche Mängel, dass etwa die Wohnung ungünstig geschnitten ist, Fenster sich nur mit Mühe öffnen und schließen lassen etc. Ein Drittel der enttäuschten Erwartungen lässt sich darauf zurückführen.

Zu Ausstattungsmängeln wurden dagegen nicht funktionsfähige Waschmaschinen, fehlende Badewannen und Ähnliches gezählt, ein Fünftel der Unzufriedenen nannte diese Gründe.

Ebenso häufig wurden Mängel der Betreuung genannt, wobei die Zusicherung, immer einen Ansprechpartner zu haben, nicht immer eingehalten wird. Manchmal wird auch der Ansprechpartner nicht als ausreichend kompetent empfunden (z.B. „überforderter Zivildienstleistender“).

Vergleichsweise wenige Nennungen (15% der Unzufriedenen) entfielen auf Mängel der Wohnumgebung und fehlende Einrichtungen im Wohnumfeld.

Zu den zentralen Aspekten der Wohnqualität und der Dienstleistungsqualität wurden detaillierte Einschätzungen ermittelt, die im Folgenden zu erörtern sind.

5. Wohnqualität

Die Auswirkung der Wohnung und des Wohnumfeldes auf die Lebensführung ist vielschichtig; in zumindest drei Dimensionen wird diese durch die Wohnverhältnisse beeinflusst, die hier als emotionale, aktionale und interaktionale Lebensdimension in den Blick kommen. Diese lassen sich folgendermaßen charakterisieren:¹⁴

- Wohnung als *emotionaler Raum*: Die Gestaltung der Wohnung ist einerseits ein Aspekt der Lebensqualität, insofern damit ästhetische Bedürfnisse erfüllt werden; andererseits sind die Wohnungseinrichtung und die einzelnen Einrichtungsgegenstände auch mit emotionalen Erinnerungen verknüpft und repräsentieren verschiedene Stadien der Biografie. In der Kombination beider Momente stellt die Wohnung einen emotionalen Schutzraum dar, der Regeneration und eine Rückbesinnung auf die eigene Identität ermöglicht.
- Wohnung als *Handlungsraum*: Weiterhin werden die Handlungsmöglichkeiten unter anderem auch durch den räumlichen Rahmen, die technische Ausstattung der Wohnung sowie die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen im Wohnumfeld geprägt. Innerhalb der Wohnung sind in diesem Zusammenhang etwa räumliche Bedingungen (Begehbarkeit, Schwellen) und haushaltstechnische Geräte zu nennen, mit zunehmender Bedeutung aber auch Kommunikationstechnik.
- Wohnung und Wohnumfeld als *sozialer Raum*: Drittens ist die Bedeutung zu erwähnen, die Wohnung und Wohnumfeld für Aufbau und Stabilität sozialer Beziehungen haben. Damit die Wohnung ein Ort lebendiger Kommunikation sein kann, setzt dies die räumlichen Möglichkeiten und einen bestimmten qualitativen Wohnungsstandard voraus, um Besuch empfangen zu können bzw. empfangen zu wollen.

¹⁴ Vgl. hierzu auch: Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter, Drucksache 13/9750 vom 28. 01. 1998

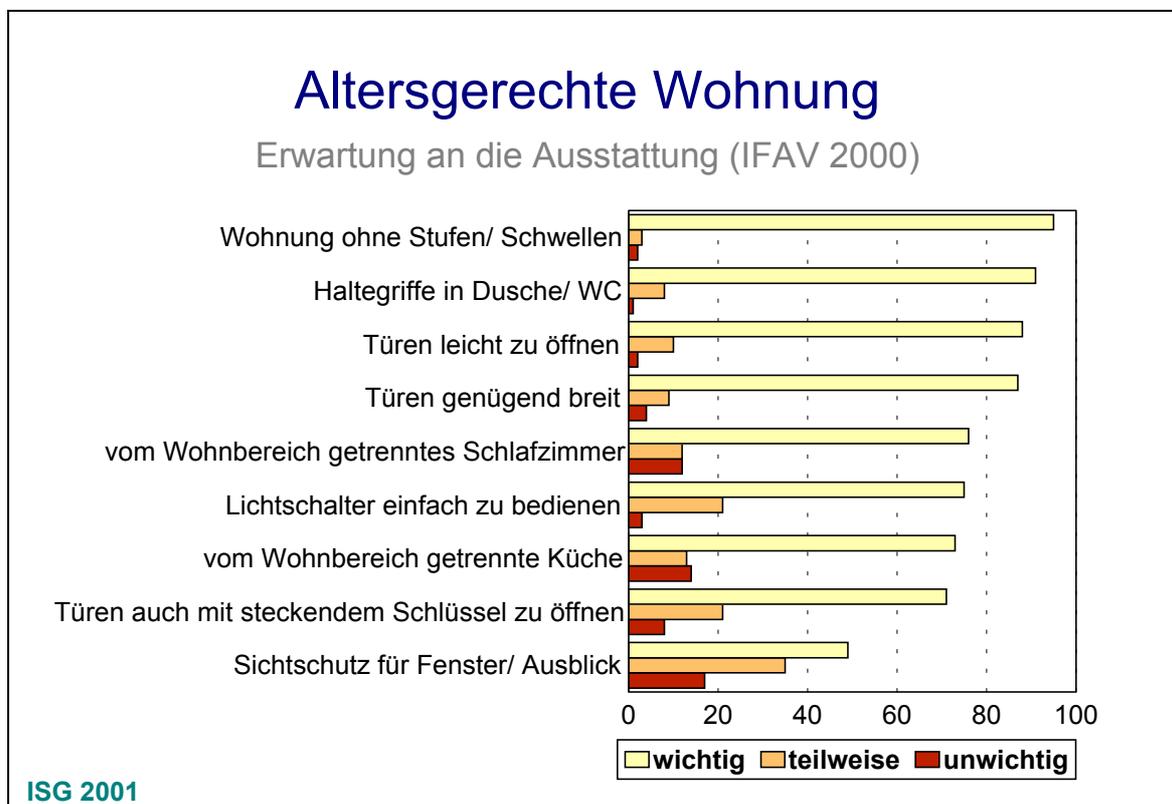
Hinzu kommen entsprechende Aspekte bezüglich des Wohnumfelds: Auch hier spielen emotionale Gesichtspunkte im Hinblick auf die Akzeptanz der Wohnumgebung eine Rolle; ein Stadtviertel, mit dem man sich identifiziert, ist ein Bestandteil der Lebensqualität. Dabei bemisst sich die Qualität des Wohngebiets auch an den Konsum- und Dienstleistungsangeboten sowie der verkehrstechnischen Infrastruktur. Weiterhin sind ein problemloser Ein- und Ausgang aus der Wohnung und dem Wohngebäude ebenso wie gute Verkehrsverbindungen erforderlich, um soziale Kontakte auch auf größere Distanz pflegen zu können.

Unter diesem Aspekt kommt der Einschätzung der Qualität der Wohnung ebenso wie der des Wohnumfelds seitens der Bewohner betreuten Wohnens ein erheblicher Stellenwert zu.

5.1 Qualität der Wohnung

Zur Frage der Wohnqualität liefern die hier betrachteten Untersuchungen keine vergleichbaren Angaben. Was die an der IFAV-Befragung beteiligten Senioren von einer altersgerechten Wohnung erwarten, ist Abbildung 14 zu entnehmen:

Abbildung 14:

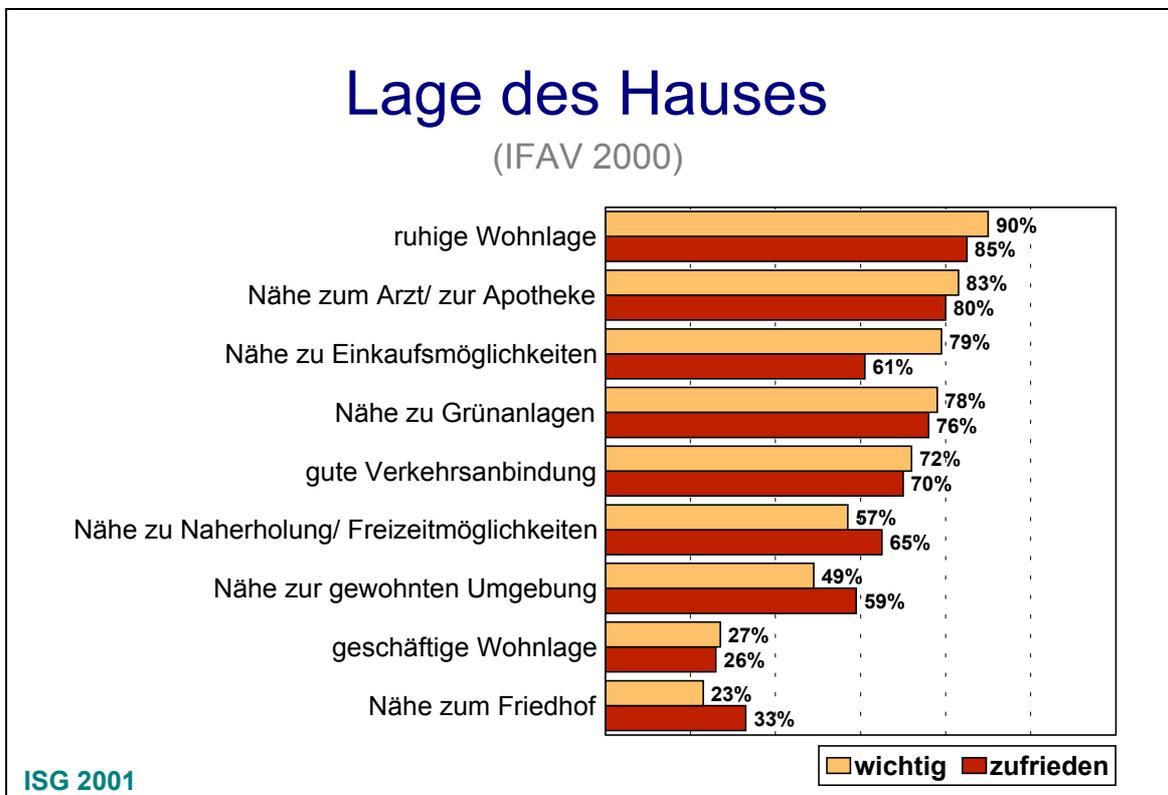


Dass die Wohnung ohne Stufen und Schwellen begehbar ist, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Gleichmaßen werden Haltegriffe in Dusche und WC sowie gut zu handhabende und hinreichend breite Türen erwartet. Die Raumaufteilung, dass der Wohnbereich von Schlafraum und Küche getrennt sind, hat einen etwas geringeren Stellenwert. Vergleichsweise geringe Bedeutung haben in der Einschätzung der Bewohner Details wie Sichtschutz und Türen, die im Notfall auch bei innen steckendem Schlüssel von außen geöffnet werden können.

Bei der Bewertung der Wohnungsqualität überwiegen sehr positive Äußerungen. So haben praktisch alle einen mühelosen Zugang zur Wohnung (99%), die meisten sind auch mit der Aufteilung ihrer Wohnung und den Nutzungsmöglichkeiten der Küche zufrieden (jeweils 92%). Lediglich die Möglichkeit, in der eigenen Wohnung auch Wäsche zu waschen, wird nur zu 71% positiv, aber zu 29% negativ bewertet.

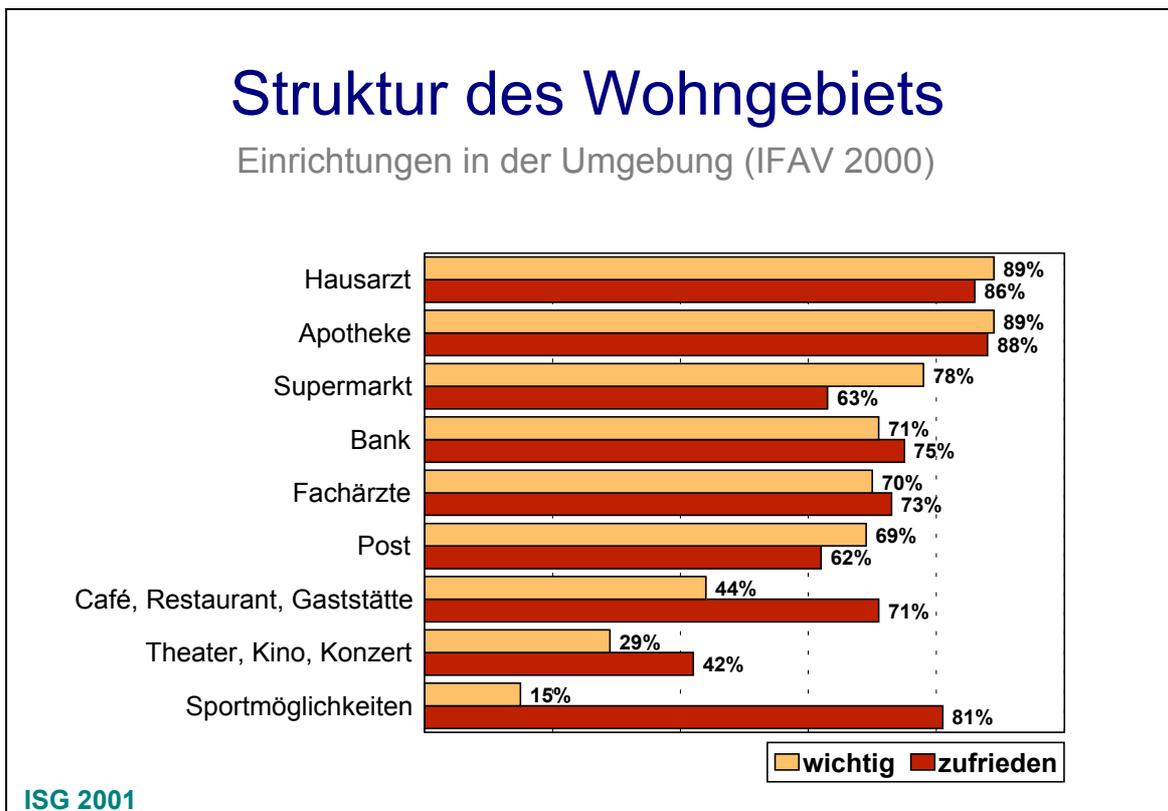
5.2 Wohnumgebung

Abbildung 15:



Hinsichtlich der Wohnlage und der Möglichkeiten in der Wohnumgebung decken sich die Erwartungen und die Bewertungen der Gegebenheiten weitgehend. Die wichtigsten Kriterien sind für die Bewohner eine ruhige Wohnlage und die Nähe zu Arzt und Apotheke; beide Erfordernisse sind in befriedigender Weise erfüllt. Von zwei weiteren Anforderungen, die fast ebenso wichtig eingestuft werden, ist zwar die Nähe zu Grünanlagen in befriedigender Weise gegeben, während die Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten hingegen zu Wünschen übrig lässt: Nur 61% sind in dieser Hinsicht zufrieden.

Abbildung 16:



Die Antworten auf die detaillierte Frage nach einzelnen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten in der Wohnumgebung bestätigen, dass von den wichtigsten Einrichtungen: Arzt, Apotheke und Supermarkt, nur die letztgenannte unzureichend vorhanden ist (Abbildung 16). Die in diesem Zusammenhang abgegebenen Einschätzungen machen weiterhin deutlich, dass Restaurants, Cafés und Gaststätten ebenso wie kulturelle und sportliche Angebote nur von einer Minderheit unter den Bewohnern betreuter Wohnanlagen für wichtig gehalten wird. Dementsprechend wird das vorhandene Angebot auch überwiegend als hinreichend bewertet.

Die Ergebnisse anderer Studien können in dieser Hinsicht nur bedingt zum Vergleich herangezogen werden. So wurde beispielsweise bei der Untersuchung in Baden-Württemberg die Frage gestellt, welche Einrichtungen bzw. Angebote in einem Umkreis von 300 Metern (also: ohne Probleme fußläufig) erreichbar seien. Dort werden Einkaufsgelegenheiten und Grünanlagen an vorderer Stelle genannt.¹⁵

6. Angebot und Nutzung der Serviceleistungen

Das Angebot an Serviceleistungen steht nicht an erster Stelle, sondern wird als Qualitätskriterium erst nach der Wohnqualität genannt (vgl. oben Abbildung 12). Die Fragestellungen, mit denen die Servicequalität erfasst wurden, ist recht komplex: Zunächst wurde die Relevanz einer Leistung beurteilt, um dann zu erheben, ob diese Leistung jeweils angeboten wird, in welchem Maße sie in Anspruch genommen wird und wie schließlich die Qualität der Leistungserbringung beurteilt wird.

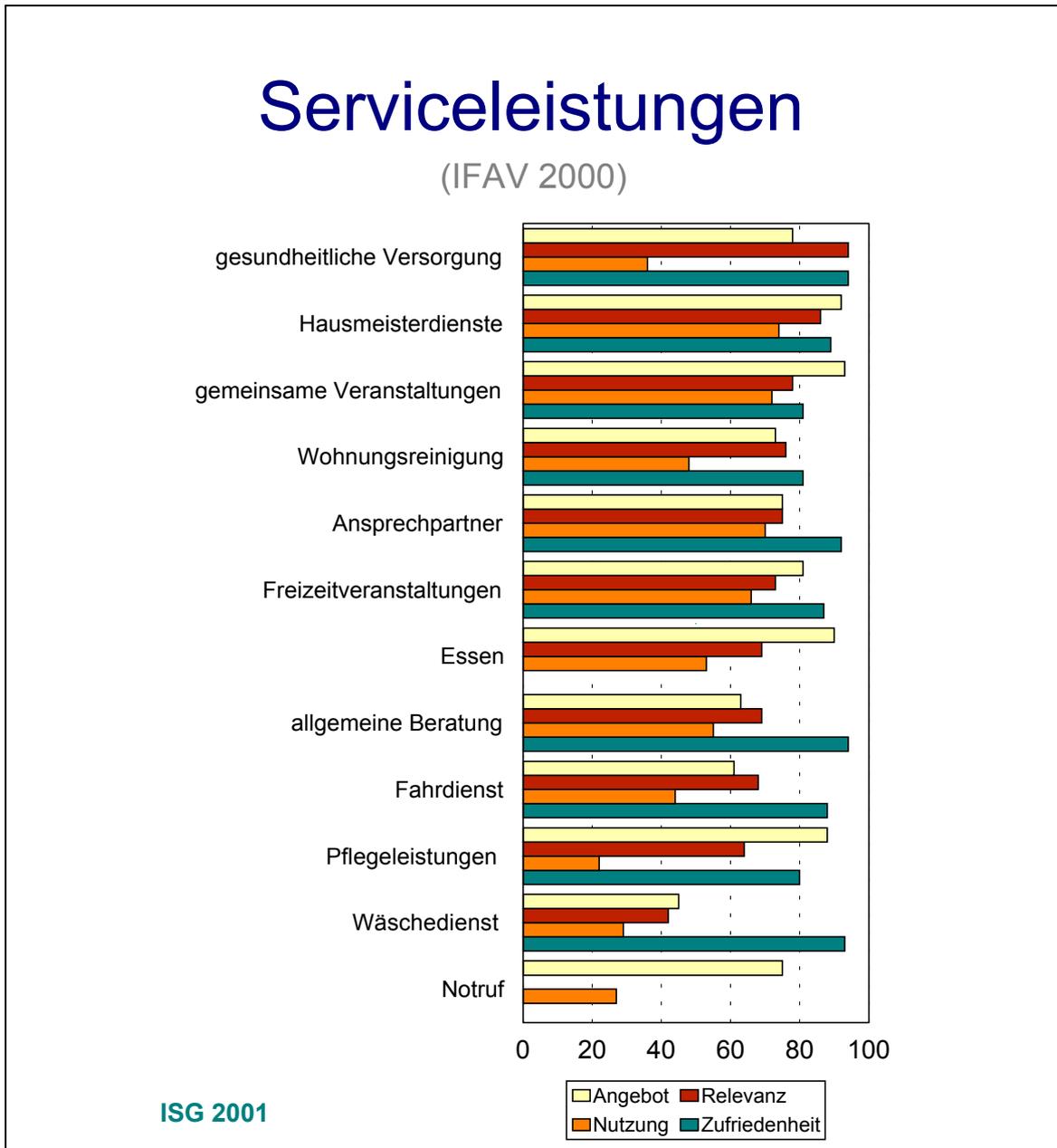
6.1 Relevanz, Nutzung und Bewertung

In der folgenden Grafik sind die Leistungen, die auf diese Weise im Rahmen der IFAV-Befragung im Detail untersucht wurden, nach ihrer Relevanz geordnet, die sie für die Bewohner haben (Abbildung 17).

Bei dieser Betrachtung fällt auf, dass Leistungen der gesundheitlichen Versorgung zwar von der Bedeutung her an erster Stelle genannt werden, aber in deutlich geringerem Maße in Anspruch genommen werden. Dies gilt (bei etwas geringerer Relevanzeinschätzung) auch für Pflegeleistungen und den Hausnotruf. Offensichtlich spielt hier das Sicherheitsbedürfnis eine große Rolle: Das Wissen darum, dass diese Dienste im Notfall abrufbar wären, wirkt beruhigend, was auch in einer sehr positiven Bewertung zum Ausdruck kommt.

¹⁵ ISG 1999, S. 51

Abbildung 17:

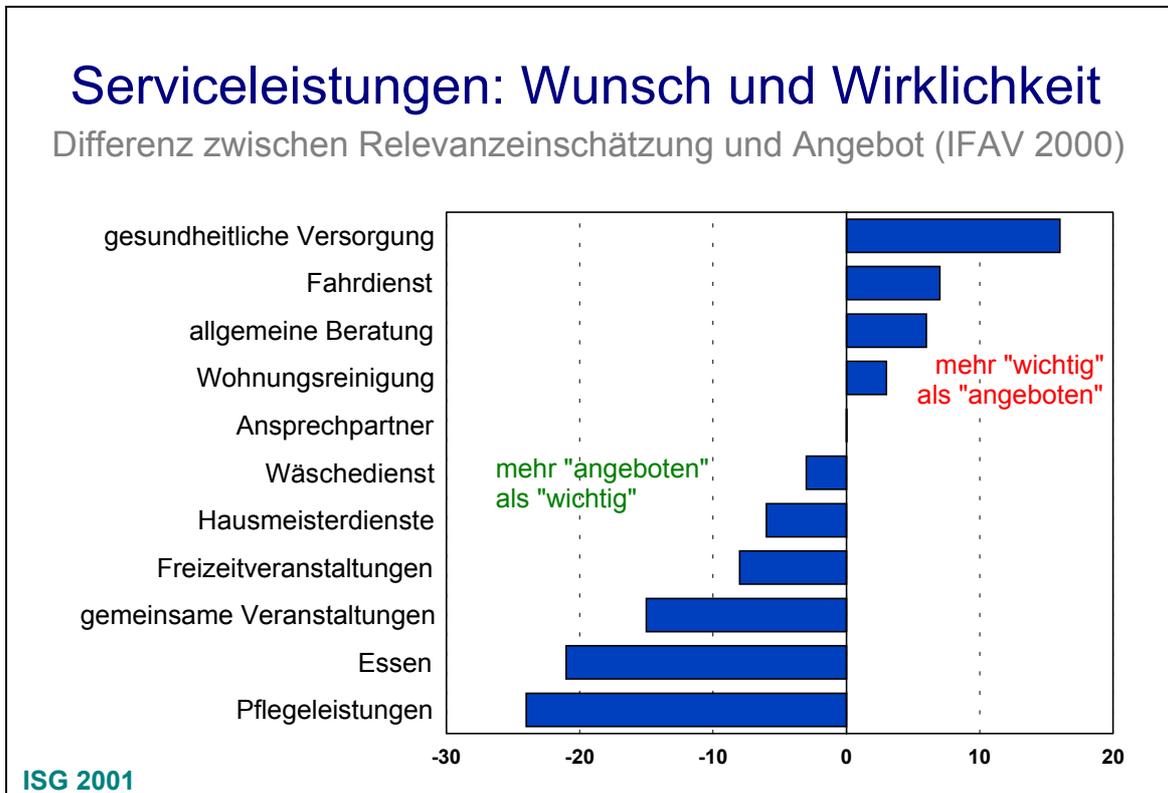


Am stärksten genutzt werden kommunikative Angebote wie gemeinsame Veranstaltungen, Freizeitangebote und die Erreichbarkeit eines Ansprechpartners. Auch hier fallen die Bewertungen außerordentlich positiv aus.

Angebote wie Fahrdienst und Wäschedienst werden in vergleichsweise geringem Maße angeboten, werden aber auch nur als weniger bedeutsam eingestuft und auch nur in geringem Maße genutzt.

In welchem Maße stimmen nun „Wunsch“ und „Wirklichkeit“ des betreuten Wohnens, also an dieser Stelle: für wichtig erachtete und tatsächlich auch angebotene Leistungen überein, und wo klaffen sie auseinander?

Abbildung 18:



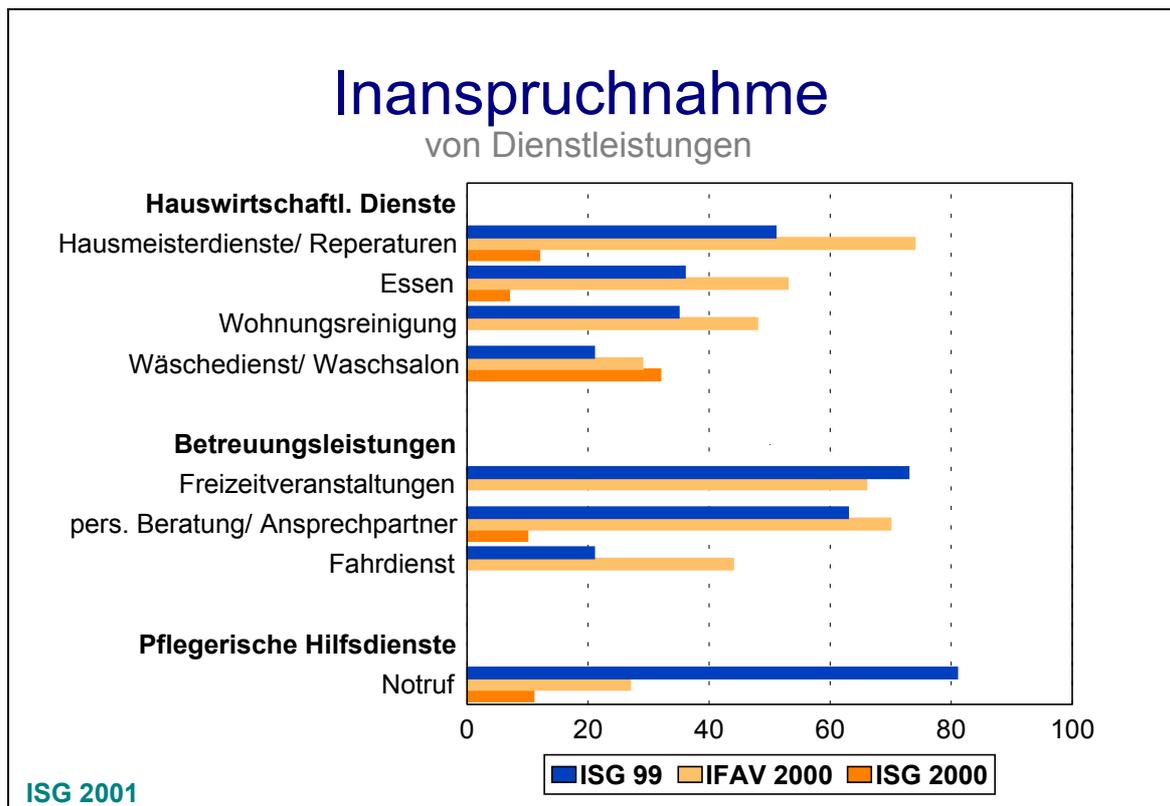
Insbesondere bei der gesundheitlichen Versorgung, die unter dem Gesichtspunkt der Relevanz an erster Stelle stand, bleibt das Angebot hinter den Wünschen zurück. Auch bei der Wohnungsreinigung, die bezüglich ihrer „Wichtigkeit“ an vierter Stelle steht, ist das Angebot geringer. Entsprechende Differenzen zwischen Angebot und Relevanz sind auch hinsichtlich der Fahrdienste und der allgemeinen Beratung festzustellen, die allerdings aus der Perspektive der Bewohner einen nachgeordneten Stellenwert haben.

Der umgekehrte Fall, dass das Angebot umfangreicher ist als die eingeschätzte Relevanz, lässt sich vor allem bezüglich des Pflegeangebotes, des Mahlzeitenangebotes und des Angebots an gemeinsamen Veranstaltungen bzw. Freizeitveranstaltungen beobachten.

6.2 Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Vergleich

Versucht man, hinsichtlich der Dienstleistungen vergleichbare Ergebnisse aus anderen Studien heranzuziehen, so gelingt dies nicht in allen Punkten und vor allem nicht in der Differenziertheit nach Angebot, Relevanz, Nutzung und Bewertung. Am ehesten sind Angaben zur Inanspruchnahme einzelner Dienstleistungen vergleichbar:

Abbildung 19:



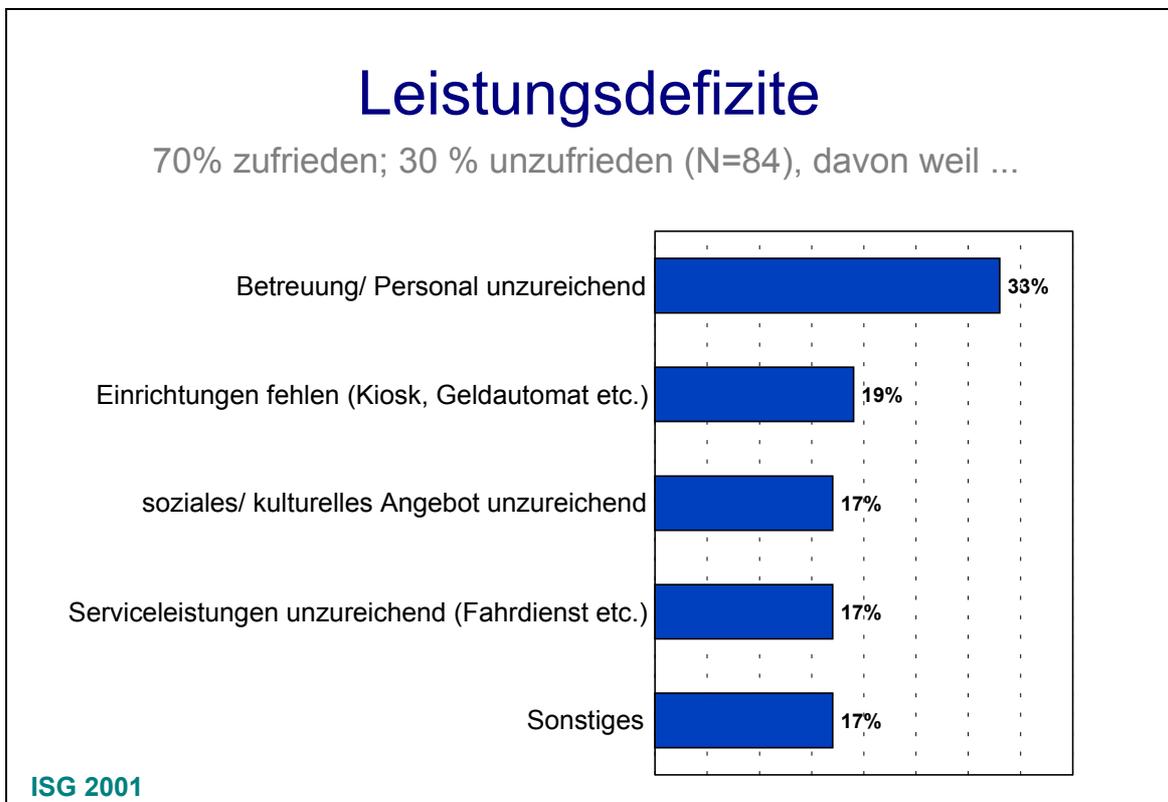
Der Vergleich zeigt eine große Annäherung in den Ergebnissen der Befragung in Baden-Württemberg (ISG 1999) und der IFAV-Befragung. Die Nutzung der hauswirtschaftlichen Dienste wird von der Rangfolge und nahezu auch von der Ausprägung her in beiden Untersuchungen ähnlich eingeschätzt. Auch bei der Nutzung kommunikativer Betreuungsleistungen kommen beide Studien zu ähnlichen Ergebnissen, nur bei der Inanspruchnahme von Fahrdiensten und Notruf ergeben sich größere Differenzen.

Die Ergebnisse der Bewohnerbefragung in Halle (ISG 2000) heben sich dagegen deutlich von denen der beiden übrigen ab, sodass hier keine Vergleichbarkeit gegeben ist.

6.3 Leistungsdefizite

Zusätzlich zu der Herangehensweise, einzelne Leistungen im Detail beurteilen zu lassen, wurde in der IFAV-Erhebung aber auch explizit nach Leistungsdefiziten gefragt: „Gibt es vielleicht Angebote und Leistungen, die Sie vermissen?“ Während 70% der Bewohner mit den Leistungen zufrieden waren, nannten 30% auch konkrete Defizite. Die vielfältigen und wiederum je nach Einrichtungskontext recht heterogenen Antworten lassen sich grob nach folgender Systematik gruppieren:

Abbildung 20:



Bemerkenswert ist wiederum der hohe Stellenwert des kommunikativen Aspekts: Die Betreuungsintensität bzw. die Erreichbarkeit des Personals werden von einem Drittel der unzufriedenen Bewohner als Hauptgrund genannt. Erst danach werden – zu etwa gleichen Teilen – fehlende Einrichtungen im Wohnumfeld, unzureichende kulturelle Angebote oder unzureichende Serviceleistungen genannt.

7. Preis-Leistungs-Verhältnis im betreuten Wohnen

Ein nach wie vor zentrales Problem in der Entwicklung des betreuten Wohnens stellt seine preisliche Einstufung dar. In den eingangs zitierten Befragungsergebnissen der älteren Bevölkerung war das Interesse am betreuten Wohnen eindeutig mit seiner Bezahlbarkeit verknüpft worden (vgl. oben Abbildung 1). Soll diese Angebotsform nicht auf noble „Seniorenresidenzen“ für eine gut gestellte Klientel beschränkt bleiben, so müssen die Preise so bemessen werden, dass auch die Bezieher durchschnittlicher Renten sich das betreute Wohnen leisten können.

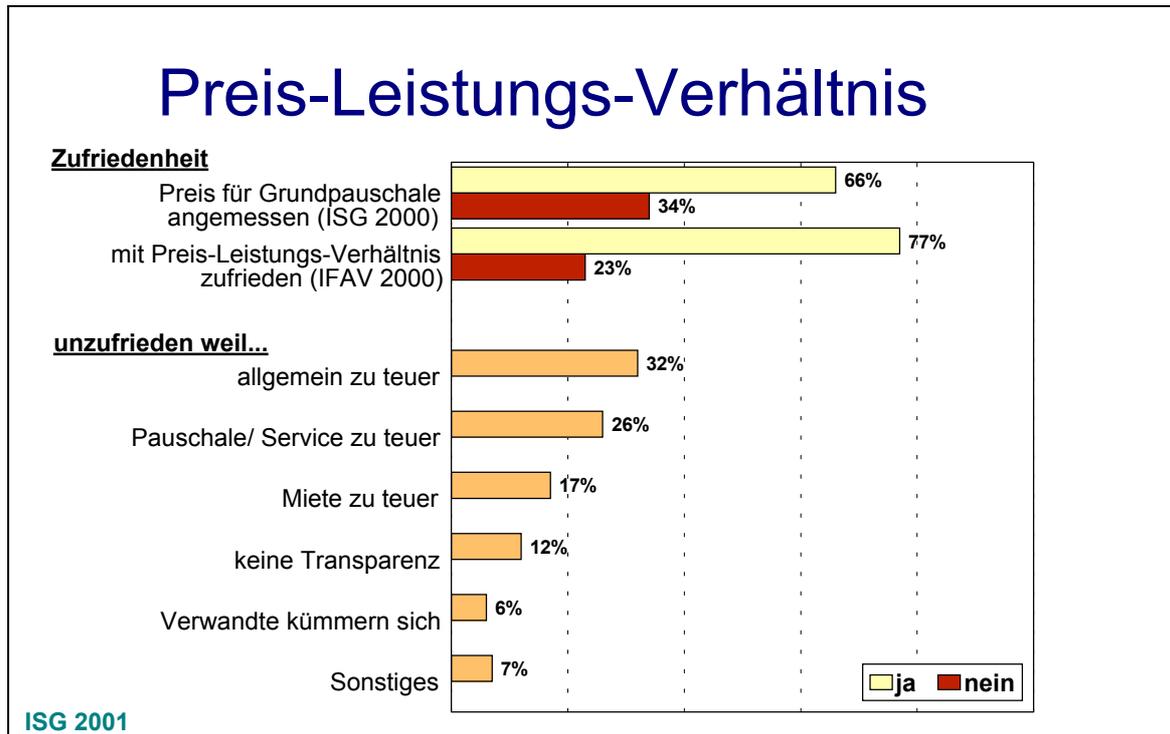
Nun ist es aber schwierig, „harte“ Angaben zu den Kosten des betreuten Wohnens auf dem Wege einer Bewohnerbefragung zu ermitteln, da die Bewohner häufig nur über die Kosten der Leistungen präzise Auskunft geben können, die sie selbst auch nutzen. Detaillierte Daten zu den Kostenstrukturen lassen sich daher eher über eine Trägerbefragung ermitteln, wie es beispielsweise in der Differenzierung nach den Preisen für Miete, Grundpauschale und Zusatzleistungen in der ISG-Untersuchung in Baden-Württemberg erfolgt ist.¹⁶

Wenn die Bewohnerperspektive im Mittelpunkt steht, so interessieren im Zusammenhang mit den finanziellen Aspekten insbesondere die Einschätzungen des Preis-Leistungs-Verhältnisses sowie die eingangs angesprochene Frage, welche Aufteilung in pauschale Vergütung einerseits und Einzelabrechnung je nach Inanspruchnahme andererseits seitens der Bewohner präferiert wird.

In der IFAV-Befragung wurde die Zufriedenheit mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis erhoben, und es zeigt sich, dass 77% in dieser Hinsicht zufrieden sind, während 23% der Befragten nicht zufrieden sind. Dabei hängt die Zufriedenheit offensichtlich nicht nur mit der Preisgestaltung seitens der Einrichtung zusammen, sondern auch mit der ökonomischen Situation der Bewohner: Die vom ISG in einer Wohnanlage in Halle befragten Senioren äußern sich weniger zufrieden mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis, obwohl die Kosten der Grundpauschale zum Befragungszeitpunkt mit 50,- DM am unteren Ende des im betreuten Wohnen üblichen Preisspektrums lagen. Die geringere Zufriedenheit mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis in dieser Wohnanlage dürfte vor allem auf die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der Bewohner zurückzuführen sein, die – wie oben erwähnt – vor allem ältere, allein lebende Senioren mit geringen Einkommen sind.

¹⁶ ISG 1999, S. 69 ff

Abbildung 21:



Versucht man, die Gründe für die Unzufriedenheit zu gruppieren, so bezeichnet ein Drittel der Unzufriedenen die Preise als zu teuer, ohne dies näher zu spezifizieren. Für 26% sind vor allem die Pauschale bzw. die Serviceleistungen zu teuer, für 17% ist es eher der Mietpreis. Weiterhin wird von 12% beklagt, dass die Relation zwischen Preisen und den dafür zustehenden Leistungen nicht hinreichend transparent gemacht werde. Bei 6% übernehmen die Verwandten einen Teil der Leistungen, ohne dass sich dies preismindernd auswirken würde.

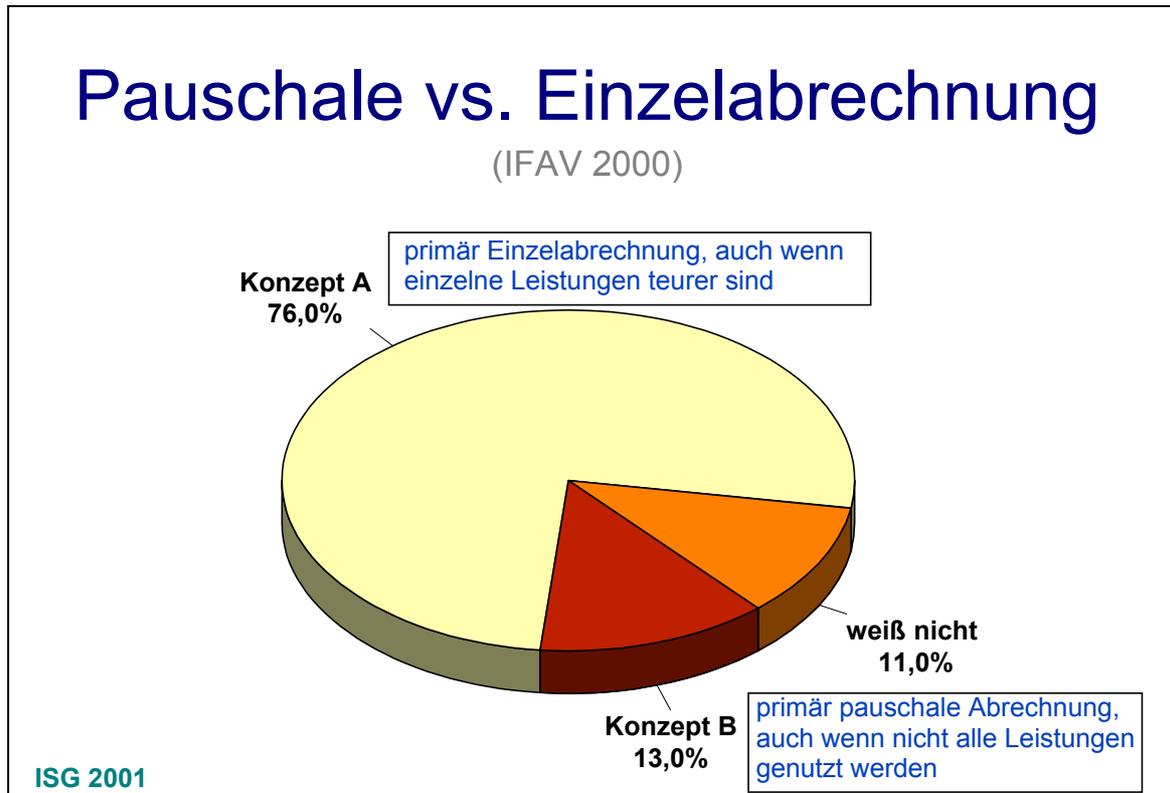
Im Hinblick auf die Alternative, ob die Leistungen primär zu einem pauschal berechneten Grundpaket zugerechnet, oder primär als Einzelleistungen berechnet werden sollten, tendieren drei Viertel der Bewohner zu einer Einzelabrechnung, selbst wenn die *einzelne* Leistung dann teurer wäre. Die recht komplexe Fragestellung lautete:

„Das betreute Wohnen bietet Ihnen Leistungen / Angebote, die im Paket / Mietpreis eingeschlossen sind und Leistungen / Angebote, für die Sie dazu zahlen müssen. Was wäre Ihnen wichtiger?

Konzept (a): Nur das zu bezahlen, was Sie auch wirklich in Anspruch nehmen, dafür wären die einzelnen Leistungen teurer, das Grundpaket billiger.

Konzept (b): Möglichst viele Leistungen (auch solche, die Sie nicht in Anspruch nehmen) in einem Paket, d.h. die einzelnen Leistungen wären billiger, das Grundpaket teurer.“

Abbildung 22:



Nun mag es sein, dass bei einer transparenteren Formulierung der Frage eine Verschiebung in die eine oder andere Richtung möglich wäre; wohl kaum aber würde sich die Grundtendenz der Beantwortung ändern, die in klarer Gewichtung die Präferenz zu Gunsten einer möglichst weit gehenden Einzelabrechnung der tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen zum Ausdruck bringt.

8. Zusammenfassung

1. Thematische Schwerpunkte der Diskussion

Die aktuelle Diskussion um das betreute Wohnen lässt sich drei Themenbereichen zuordnen:

- (a) Im Hinblick auf die quantitativen Entwicklungspotenziale rechnen manche mit einer weiterhin steigenden Nachfrage, während andere den Bedarf gesättigt sehen. Als qualitative Weiterentwicklung wird die Übertragbarkeit des betreuten Wohnens auf Haushalte in normalen Wohngebieten diskutiert.
- (b) Ein zweites Themengebiet sind die Struktur und Qualität der Serviceleistungen, die im betreuten Wohnen angeboten werden sollen, insbesondere die Frage, ob schwere Pflege bis zum Tod ein Bestandteil des betreuten Wohnens sein soll, oder jenseits der Grenze dieses Konzepts liegt.
- (c) Einem dritten thematischen Bereich lassen sich die Aspekte einer transparenten Vertragsgestaltung und einer nachvollziehbaren Preisgestaltung zuordnen, wobei insbesondere die Entscheidungsspielräume zwischen pauschal berechneten Grundleistungen und individuell abgerechneten Wahlleistungen diskutiert werden.

Die vorliegende Studie analysiert die Ergebnisse der IFAV-Befragung zu „Wunsch und Wirklichkeit beim betreuten Wohnen“ im Hinblick auf diese Fragestellungen und zieht drei weitere empirische Untersuchungen der Bewohnerperspektive zum Vergleich heran.

2. Bedarfsabschätzung

Darüber hinaus werden zwei Seniorenbefragungen unter dem Gesichtspunkt des Bedarfs am betreuten Wohnen ausgewertet mit dem Ergebnis, dass nur rd. 1% der älteren Bevölkerung konkretes Interesse und weitere 5% bis 10% ein bedingtes Interesse am Einzug in betreutes Wohnen haben. Durch die Faktoren einer umfangreichen Information und einer Preisgestaltung, die auch für Bezieher durchschnittlicher Renten verkraftbar ist, kann das Interesse gesteigert werden. Potenzialschätzungen, die über 5% der Älteren hinausgehen, entfernen sich aber offensichtlich von deren konkretem Interesse.

3. Bewohnerstruktur

Eine Analyse der Bewohnerstruktur auf der Basis verschiedener Untersuchungen lässt eine typische Klientel des betreuten Wohnens erkennen, die sich sowohl von den Senioren in „normalen“ Privathaushalten als auch von den Be-

wohnern von Pflegeheimen klar unterscheidet. Die Hälfte der Bewohner betreuten Wohnens ist zwischen 75 und 84 Jahren alt, jeweils ein Viertel ist jünger als 75 Jahre bzw. älter als 85 Jahre. Die Gesamtbevölkerung ab 60 Jahren ist deutlich jünger als diese Gruppe (70% unter 75 Jahren), während die Bewohner von Pflegeheimen deutlich älter sind (über die Hälfte ist 85 Jahre oder älter). Rund 20% der Bewohner sind pflegebedürftig. Diese Befunde legen den Schluss nahe, dass betreutes Wohnen das Pflegeheim nicht ersetzen kann, sondern eine Funktion *zwischen* normalen Privathaushalten und Pflegeheimen erfüllt.

4. Soziale Beziehungen

Die sozialen Beziehungen sind dadurch gekennzeichnet, dass die meisten Bewohner keinen Partner mehr haben, sondern allein leben. Die Nähe zur Familie, d.h. insbesondere zu den Kindern, ist daher drei Vierteln der Bewohner sehr wichtig, die meisten sind in dieser Hinsicht auch zufrieden. Überwiegend berichten die Bewohner, die Kinder haben, von guten Besuchskontakten, die durch häufige Telefonate ergänzt werden. Zu den Nachbarn innerhalb der betreuten Wohnanlage haben über 80% der Bewohner ein gutes Verhältnis.

5. Abgrenzung zum Pflegeheim

Bei den übrigen, die sich kritisch zu ihren Wohnungsnachbarn äußern, wird dies unter anderem mit der Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Verwirrtheit der Nachbarn begründet: 16% fühlen sich dadurch sehr gestört. Dass pflegebedürftige Mitbewohner lieber in ein Pflegeheim umziehen sollten, befürworten 86% der Befragten, die meisten davon ganz entschieden. Wenn es aber um die eigene Perspektive geht, so sind sich 92% der Bewohner sicher, dass sie bis ans Lebensende in ihrer Wohnung bleiben möchten. So bleibt der Eindruck, dass die Abgrenzung zwischen „betreutem Wohnen“ und „schwerer Pflege“ sich als Konflikt in den Bewohnern selbst wiederfindet.

6. Gründe für den Einzug ins betreute Wohnen

Als Gründe für den Einzug ins betreute Wohnen werden an erster Stelle gesundheitliche Gründe genannt. Die Erwartungen an das betreute Wohnen richten sich vor allem an Hilfe bei der alltäglichen Lebensführung (von 80% genannt). Der Aspekt der Kommunikation steht mit 37% an zweiter Stelle und die Aspekte der Selbstständigkeit und Sicherheit waren für ein Drittel der Befragten ausschlaggebend. Für die Wahl einer konkreten Einrichtung ist primär die Lage des Hauses entscheidend und an zweiter Stelle die dort angebotenen Leistungen. Weniger Gewicht haben die Ausstattung und die Kosten der Wohnung; kaum von Bedeutung sind die Trägerschaft der Einrichtung bzw. der Betreuung.

7. Qualität der Wohnung

Bei der Bewertung der Wohnungsqualität überwiegen sehr positive Äußerungen. So haben praktisch alle einen mühelosen Zugang zur Wohnung, die meisten sind auch mit der Aufteilung ihrer Wohnung und den Nutzungsmöglichkeiten der Küche zufrieden. Lediglich die Möglichkeit, in der eigenen Wohnung auch Wäsche zu waschen, wird von 29% negativ bewertet.

8. Qualität des Wohnumfelds

Bezüglich der Möglichkeiten in der Wohnumgebung decken sich die Erwartungen und die Bewertungen weitgehend. Die wichtigsten Kriterien sind für die Bewohner eine ruhige Wohnlage und die Nähe zu Arzt und Apotheke; beide Erfordernisse sind in befriedigender Weise erfüllt. Nahe gelegene Einkaufsmöglichkeiten werden dagegen von 40% der Befragten vermisst.

9. Nutzung und Bewertung der Serviceleistungen

Unter den Serviceleistungen werden die Leistungen der gesundheitlichen Versorgung zwar von ihrer Bedeutung her am höchsten eingeschätzt, aber in deutlich geringerem Maße in Anspruch genommen. Dies gilt ähnlich auch für Pflegeleistungen und den Hausnotruf. Offensichtlich spielt hier das Sicherheitsbedürfnis eine große Rolle: Das Wissen darum, dass diese Dienste im Notfall abrufbar wären, vermittelt ein Gefühl der Sicherheit. Kommunikative Angebote wie gemeinsame Veranstaltungen, Freizeitangebote und die Erreichbarkeit eines Ansprechpartners werden am stärksten genutzt und auch am positivsten bewertet. Angebote wie Fahrdienst und Wäschedienst werden dagegen in vergleichsweise geringem Maße angeboten, werden aber auch nur als weniger bedeutsam eingestuft und nur in geringem Maße genutzt.

10. Zufriedenheit mit dem Leistungsangebot

Mit den Leistungen zufrieden waren 70% der Bewohner, 30% nannten dagegen konkrete Defizite. Auch hier steht der kommunikative Aspekt im Vordergrund: Die Betreuungsintensität bzw. die unzureichende Erreichbarkeit des Personals werden von einem Drittel der unzufriedenen Bewohner als Hauptgrund genannt. Erst danach werden – zu etwa gleichen Teilen – fehlende Einrichtungen in der Umgebung, unzureichende kulturelle Angebote oder unzureichende Serviceleistungen genannt.

11. Preis-Leistungs-Verhältnis

Mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis sind 77% zufrieden, während 23% der Befragten nicht zufrieden sind. Ein Drittel von ihnen bezeichnet die Preise als zu teuer, ohne dies näher zu spezifizieren. Für 26% sind vor allem die Pauschale

bzw. die Serviceleistungen zu teuer, für 17% ist es eher der Mietpreis. Weiterhin wird von 12% beklagt, dass die Relation zwischen Preisen und den dafür zustehenden Leistungen nicht hinreichend transparent gemacht werde.

12. Verhältnis von Grundleistungen und Wahlleistungen

Hinsichtlich der Gewichtung von pauschal berechneten Grundleistungen und einzeln abgerechneten Wahlleistungen weist die Meinung der Bewohner eine eindeutige Tendenz auf: Drei Viertel der Bewohner wünschen eine weitgehende Einzelabrechnung der Leistungen, selbst wenn die *einzelne* Leistung dann teurer wäre; nur 13% bevorzugen ein pauschal berechnetes Grundpaket, in dem die *einzelne* Leistung dann billiger wäre.

13. Weiterer Forschungsbedarf

Die hier miteinander verglichenen Untersuchungen liefern eine Fülle von Informationen über die Situation der Bewohner betreuter Wohnanlagen, über ihre Wünsche und Enttäuschungen. Sie stoßen allerdings an bestimmte Grenzen, was repräsentative Daten zur ökonomischen Situation der Bewohner sowie zu der tatsächlichen Kostenbelastung betrifft. Auch die z.T. inkonsistenten Einstellungen zu eigener und fremder Pflegebedürftigkeit sowie die Entwicklung des quantitativen Bedarfs lassen weiteren Klärungsbedarf erkennen. Um die Fragen beantworten zu können, die die bisher vorliegenden Studien noch offen lassen, wäre eine bundesweit repräsentative Bewohnerbefragung erforderlich, die durch eine repräsentative Trägerbefragung flankiert würde.

Literaturverzeichnis

- Engel, H./ Engels, D., Modelle für das Wohnen im Alter. Analysen und Empfehlungen für die Nordweststadt Frankfurt/ Main, hrsg. von der Schader-Stiftung (Werkstattbericht), Darmstadt 2000
- Engel, H./ Engels, D., Entwicklung des Service-Wohnens in Halle-Trotha. Ergebnisse der Leistungsdokumentation und der Bewohnerbefragung, ISG Köln 2000
- Engels, D., Bericht zur Situation der Seniorinnen und Senioren in Wuppertal, hrsg. von der Stadt Wuppertal 1998
- Engels, D./ Engel, H., Lebenssituation und Veränderungswünsche älterer Bürgerinnen und Bürger in Lahnstein, ISG Köln 2000
- Gerngroß-Haas, G., Betreutes Wohnen im Alter: Eine kritische Bilanz, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 7/1997, S. 14 ff.
- Heinze, R. G. u.a., Neue Wohnung auch im Alter, hrsg. von der Schader-Stiftung, Darmstadt 1997
- IFAV - Institut für angewandte Verbraucherforschung e.V., Wunsch und Wirklichkeit beim Betreuten Wohnen, Köln 2000
- Klie, T., Das Urteil – Betreutes Wohnen und Heimgesetz, in *Altenheim* 5/99
- Köster, G., Betreut Wohnen – aber wie? Ergebnisse einer Befragung alter Menschen, in: *Forum Sozialstation* Nr. 96, Februar 1999, S. 60ff
- Kremer-Preiß, U., Betreutes Wohnen für Senioren, hrsg. vom baden-württembergischen Sozialministerium, Stuttgart 1999
- Kremer-Preiß, U., Betreutes Wohnen für Senioren. Zur praktischen Umsetzung konzeptioneller Ziele in Baden-Württemberg (ISG 1999), Stuttgart 1999
- Kremer-Preiß, U., Betreutes Wohnen in Altenwohnheimen und Altenwohnanlagen – Analyse der Betreuungsverträge, in: *Betreutes Wohnen und Wohnen im Heim – Rechtliche Aspekte*, Expertisenband 5 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Frankfurt 1998
- Krings-Heckemeier, M.-Th. u.a., Altersgerechtes Wohnen - Handbuch für Investoren, hrsg. von der LBS Bausparkasse der Sparkassen, Bonn 1995
- Krings-Heckemeier, M.-Th. u.a., Wohnen mit Service, Bonn 1999
- LBS Badische Landesbausparkasse (Hrsg), Wohnen im Alter in Baden, Karlsruhe 1996, S. 80

- Lind, S.: Trend und Gefahren – Betreutes Wohnen in Deutschland: eine Bestandsaufnahme, in: *Altenheim*, 9/1998, S. 18-22
- Markus, K., Heim oder nicht Heim - Rechtsfragen beim Betreuten Wohnen, in *Altenheim* 8/99, S. 24 ff
- Saup, W., Ältere Menschen im Betreuten Wohnen. Ergebnisse der Augsburger Längsschnittstudie, Augsburg 2001
- Tews, H.-P., Selbständig, aber nicht allein. Betreutes Wohnen im Alter, in: *Altenheim* 33, 9/1994, S. 628-639
- Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hrsg.), *Erfahrungen und Perspektiven des Betreuten Wohnens*, Stuttgart 1997
- Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter, Drucksache 13/9750 vom 28. 01. 1998